

böllthema

20-2

Zeitstrahl: Bündnisgrüne
blicken zurück auf
entscheidende Momente der
letzten vier Jahrzehnte

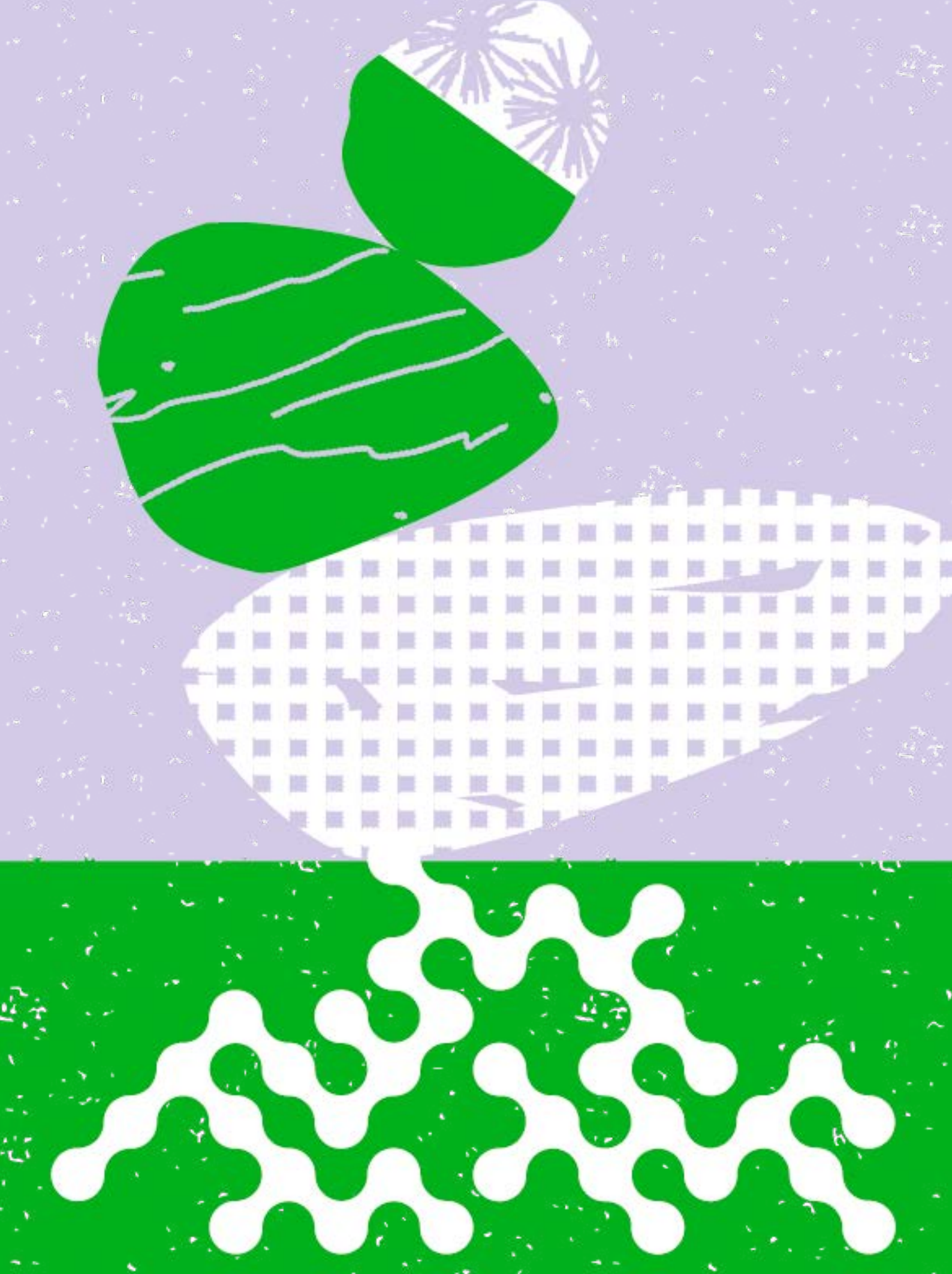
Gespräch: Die Berliner
Wirtschaftssenatorin Ramona
Pop über Verantwortungs-
politik in der Krise

Report: Wie es um die grüne
Opposition in Ungarn steht

Das Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung



Grüne Geschichte



Und zu welcher politischen Generation gehörst du? Wären nicht Corona und die Folgen allgegenwärtig, könnte das die Frage des Jahres sein. Aus Anlass von 40 Jahren grüner und 30 Jahren bündnisgrüner Geschichte haben wir ein Heft gemacht, das Neugierde weckt auf die politischen Generationen, die sich in der bündnisgrünen Bewegung und Partei engagieren. Die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik und die Grünen – die beiden hatten es nicht leicht miteinander. Beide haben sich verändert und dabei viel gewonnen. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der sich selbst zum «amtgewordenen Establishment» zählt, hat diesen Prozess anlässlich der Geburtstagsparty von Bündnis 90/Die Grünen im Januar 2020 treffend beschrieben: «Gewachsen sind [die Grünen] nicht zuletzt an ihrer Bereitschaft, Verantwortung zu schultern für alle Menschen in diesem Land – und für Rechtsstaat und Demokratie. Dafür will ich Ihnen heute Danke sagen. Sie haben viel dazu beigetragen, dass dieses Land vielfältiger und moderner wird.»

Den lebendigen Kontakt zwischen den politischen Generationen wollten wir ins Zentrum des aktuellen *böll.thema* stellen – ehe Corona soziale Distanz zum Ausdruck von Fürsorge machte. Manches von dem, was geplant war, konnte nun nur mit Abstrichen realisiert werden. Und Petra Kellys Lederjacke, die das Cover zierte, hatten wir eigentlich wegen der Buttons auf der Vorderseite aus unserem Archiv Grünes Gedächtnis geholt. Kaum jemand erinnerte sich an den Spruch auf der Rückseite – aber das Motto passt: More future!

Ihre Ellen Ueberschär



Ellen Ueberschär
Vorstand der
Heinrich-Böll-Stiftung



Die Vorderseite von Petra Kellys Lederjacke (heute im Archiv Grünes Gedächtnis): Buttons, Buttons, Buttons

Editorial

- 1 Von Ellen Ueberschär

Wo wir stehen

- 3 Am Anfang war der Zweifel
Eine kleine Geschichte
der Grünen
Von Günter Bannas

Dossier

- 6 Auf dem Zeitstrahl
Einschätzungen grüner Akteure zu
wichtigen historischen Momenten

Generationen

- 12 Mit uns zieht die neue
Zeit
Von Heinz Bude
- 14 Warum grüne Geschichte?
Von Roman Schmidt

Großes Interview

- 16 «Ich bin nicht dafür
gewählt, dass ich mich
persönlich wohl fühle»
Die Berliner Wirtschaftssenato-
rin Ramona Pop über Verantwor-
tungspolitik in der Corona-Zeit
und ihre politische Biografie
Interview:
Peter Unfried

International

- 22 «Der andere Blick auf
die Welt»
Von Barbara Unmüßig

In Bildern

- 24 Bild-Kritik zur
grünen Geschichte
Von Philip Manow
(Texte) und Christian
Werner (Fotos)

Kommunikation

- 31 «Direkt #umschalten»
Im Gespräch mit Michael Kellner,
Politischer Geschäftsführer von
Bündnis 90/Die Grünen
Interview: Paul Wrusch

Playlist

- 32 Bein' Green
Playlist: Jens Balzer

Frauen

- 34 Feminismus und Ökologie
zusammen denken
Von Annett Gröschner

Report

- 37 Kann Ungarn anders
werden?
Wie sich in Ungarn eine
grüne Opposition gegen das
System Orbán bildet.
Von Gergely Márton
und András Földes

Wohin wir wollen

- 41 «Wir werden stärker ver-
mitteln müssen»
Ellen Ueberschär und Barbara
Unmüßig über die zukünftige Rol-
le der Heinrich-Böll-Stiftung.
Interview: Anja Maier

Das letzte Wort

- 44 «Ist nun mal unsere
Zukunft»
Von Luisa Neubauer

Am Anfang war der Zweifel



Gründungsparteitag der Grünen in Karlsruhe am 13. Januar 1980.

Die Wandlungen von vier Jahrzehnten: Wie aus einer «Anti-Parteien-Partei» die Bündnisgrünen von heute wurden. Ein Überblick des langjährigen FAZ-Parlamentskorrespondenten und Grünenkenners Günter Bannas.

Text: Günter Bannas

Zwei Sichtweisen gab es, als sich in den 1970er-Jahren meist jüngere Leute in Westdeutschland aufmachten, das bis dahin stabile Drei-Parteiensystem aus CDU/CSU, SPD und FDP aufzumischen. Es schien festgefügt. Bei der Bundestagswahl 1976 etwa entfielen auf Union, SPD und FDP – aus heutiger Sicht – sagenhafte 99 Prozent der abgegebenen Stimmen. Wer schon sollte dagegen angehen, was schon sollte da passieren? Die eine These lautete: Aus den Grünen werde nichts, weil nichts draus werden könne. Die Gegenposition: Abwarten. Die Skeptiker argumentierten so: Die neu entstandene Partei sei personell und organisatorisch zerstritten, habe kein Wertefundament, kein umfassendes Programm und keine genügend breite Basis in der Gesellschaft. Doch war diese Betrachtung parteipolitisch interessengeleitet. Vor allem in der SPD – und dort auch auf dem linken Flügel – war sie verbreitet. Die Gegenposition negierte fast alles, dem medialen Tohuwabohu der Grünen-Parteitage zum Trotz. Begründung: Programmatisch befassten sich die Grünen mit allen relevanten Themen der Politik. Aus ihrem Widerstand gegen die Kernenergie und dem Vorrang der Ökologie wurden Vorstellungen zur Wirtschaftspolitik abgeleitet; das «Nein» zur Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen zog eine Programmatik zur Sicherheitspolitik nach sich. Auch in der klassischen Innenpolitik waren die Grünen von Anfang an aufgestellt: sie und ihre Anhänger waren etwa vom Demonstrationsstrafrecht selbst betroffen. Ihre ablehnende Haltung zur

Volkszählung wurde sogar vom Bundesverfassungsgericht bestätigt. Die damals verbreitete und auch heute noch hier und da zu hörende Betrachtung, die Grünen seien eine «Ein-Punkt-Partei», war von Anfang an falsch. Und: Die Grünen waren zwar keine sogenannte bürgerliche Partei. Doch eine Partei aus dem Bürgertum waren sie gleichwohl.

Bei Wahlen schnitt die neue Partei nicht nur in den Studentenvierteln der Großstädte, sondern auch in wohlhabenden Gegenden für ihre Verhältnisse überdurchschnittlich gut ab. Aus vielen Quellen speiste sich die Mitgliedschaft: Konservative Ökologen wie Herbert Gruhl, der aus der CDU ausgetreten war; linksradikale Überbleibsel der Studentenbewegung; Aktivistinnen der Frauenbewegung wie Eva Quistorp spielten eine maßgebliche Rolle; ehemalige Sozialdemokratinnen, zu denen auch Petra Kelly gehörte, traten den Grünen bei; Führungsleute der Friedensbewegung und Bürgerinitiativen wie Roland Vogt und auch linke Rechtsanwälte wie Otto Schily und Hans-Christian Ströbele waren dabei. Nach dem Bruch der sozialliberalen SPD/FDP-Koalition 1982 traten Linksliberale und jüngere FDP-Mitglieder – Claudia Roth etwa – den Grünen bei; die «Hausbesetzerszene», der Joschka Fischer entstammte, kam hinzu. Auch aus kirchlichen Organisationen und der Dritte-Welt-Bewegung gab es Zulauf – Michael Vesper etwa.

Ein Netzwerk war entstanden. Bis zum Zerreißen war es geknüpft. Es reichte von linksradikalen Sozialisten bis hin zu Vertreterinnen bürgerlicher Politik. So-



gar eine Minderheit gab es, die – wie Winfried Kretschmann – bereits damals schwarz-grüne Bündnisse avisierten. Die Folge war ein Aderlass. Gründungsmitglieder verließen die Partei: Gleich zu Beginn Herbert Gruhl. Die Grünen wurden zur Partei der nach dem Krieg Geborenen. Aus

politischen und auch persönlichen Gründen wandte sich 1989 Otto Schily ab, einer der Wortführer der «Realos», obwohl diese gerade im Begriff waren, die Mehrheit in der Partei zu bekommen. Es gingen auch Führungsleute der «Fundis», weil ihnen die Grünen zu angepasst waren: Radikalökologinnen wie Jutta Dittfurth, Ökosozialisten wie Rainer Trampert und Thomas Ebermann. Tatsächlich hatten die Grünen wesentliche Veränderungen vorgenommen. Die Bundestagsfraktion akzeptierte per Beschluss das staatliche Gewaltmonopol. Das «Raus aus der Nato» galt nicht mehr und die Westbindung der Bundesrepublik wurde gutgeheißen. Damit waren die Voraussetzungen für die Beteiligung der Grünen an einer Bundesregierung geschaffen. Doch der Abschluss dieses Klärungsprozesses stand unter einem dunklen Stern. Der Zusammenbruch der DDR und die Vereinigung Deutschlands gingen an den Grünen vorbei. Bei der Bundestagswahl 1990 scheiterten sie an der Fünf-Prozent-Klausel; nur die Besonderheit des Wahlrechts jener Wahl führte dazu, dass grüne Politik im Bundestag vertreten war: Acht Mitglieder der Listenvereinigung «Bündnis 90/Grüne» aus der nun ehemaligen DDR. Der Zusammenschluss war ein schwieriger Prozess, der mit der



mit der Besonderheit, dass der Einfluss der Parteispitze gering war. Der «Ober-Realo» Joschka Fischer, der nie ein Parteiamt innehatte, wurde zum informellen Vorsitzenden und Fixpunkt der Grünen. Zwar gab es noch einen linken Flügel um Jürgen Trittin und Ludger Vollmer, doch es waren keine

«Fundamentalisten». Sie waren zum Mitregieren bereit. Von 1998 an bildeten Fischer und Trittin seitens der Grünen das Fundament der rot-grünen Bundesregierung. Sogar Auslandseinsätze der Bundeswehr wurden akzeptiert. 2005 endete diese Epoche deutscher Zeitgeschichte.

Es vollzog sich ein Generations- und ein Politikwechsel. Die Protagonisten der rot-grünen Jahre schieden aus ihren Führungsämtern. Die Schwäche der SPD führte dazu, dass schwarz-grüne Koalitionsoptionen zunehmend akzeptiert wurden – zunächst in den Ländern, dann auch im Bund. 2013 scheiterte eine schwarz-grüne Zusammenarbeit noch an den Grünen. 2017 nicht mehr. Eine Änderung des Politikstils ging damit einher. Nicht mehr die in ideologischen Fundi-Realo-Auseinandersetzungen gestählte Generation prägt das Gesicht der Partei. Auf Renate Künast und Jürgen Trittin folgten Annalena Baerbock und Robert Habeck. 40 Jahre nach Gründung der «Anti-Parteien-Partei» (Petra Kelly) stehen sie sogar vor der Entscheidung, eine Kanzlerkandidatur anmelden zu müssen – und zu können. Einer aus den wilden Jahren ist an maßgeblicher Stelle verblieben. Winfried Kretschmann, Ministerpräsident einer grün-schwarzen Koalition.

Günter Bannas ist Journalist und leitete viele Jahre das Hauptstadtbüro der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ). Sein Archiv aus zahlreichen Jahren der intensiven Beobachtung bündnisgrüner Politik hat er dem Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung übergeben.



formalen Vereinigung 1993 zur gesamtdeutschen Partei «Bündnis 90/Die Grünen» noch lange nicht beendet war. Unterschiedliche Politikmodelle stießen aufeinander: Parteiarbeiter und Bürgerbewegte.

Zwar waren Ostdeutsche fortan in der Führung der Partei vertreten, doch wie auch in den anderen Parteien gab es die westdeutsche Dominanz – bei den Grünen

- a) Petra Kelly, Sprecherin der Grünen, bei der Blockade des US-Raketendepots am 01.09.1983 in Mutlangen.
 b) Christian Ströbele beim Parteitag der Alternativen Liste (Grüne) 1983 in der Berliner Hasenheide.
 c) Der erste grüne Umweltminister in einem Landtag, Joschka Fischer, stellt am 20.03.1987 in Frankfurt am Main sein Buch «Regieren geht über Studieren» vor.
 d) Winfried Kretschmann vom Landesverband Baden-Württemberg, aufgenommen am 07.12.1984 bei der Bundesversammlung der Grünen in Hamburg.

Tschernobyl, Mauerfall, Krieg auf dem Balkan ... Zeithistorische Ereignisse haben die grüne Partei und Bewegung geprägt und verändert. Die Bündnisgrünen haben aber auch selbst Geschichte geschrieben: von der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts bis zum Atomausstieg. Vierzig Jahre grüne Geschichte – Einschätzungen grüner Aktiver zu wichtigen historischen Momenten.



Grüne Generationen

05.05. 1983



Waltraud Schoppe spricht im Deutschen Bundestag über Gewalt gegen Frauen und Sexismus.

«Es bleibt ein Kampf für die Demokratie»

Claudia Roth, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, über das im Grundgesetz verankerte Versprechen der Gleichberechtigung

«Waltraud Schoppe hat 1983 im Bonner Bundestag Geschichte geschrieben: In ihrer Rede zum §218 des Strafgesetzbuches, welcher Schwangerschaftsabbrüche bis heute kriminalisiert, wurde im hohen Haus der Demokratie erstmals eine grundlegende Kritik an den herrschenden Geschlechterverhältnissen vorgebracht. Abtreibungsverbot, Gewalt gegen Frauen und Sexismus waren und sind Teil patriarchaler Normen. Die Reaktion der johlenden, schenkelklopfenden männlichen Abgeordneten, damals gar über 90 Prozent der Parlamentarier, bestätigte den eklatanten Sexismus im Bundestag. Die Kritik Schoppes ist leider weiter aktuell: Volle reproduktive Rechte werden Frauen in Deutschland noch immer verwehrt, auch im Jahr 2020 tickt der Bundestag mit nur 31 Prozent weiblichen Abgeordneten männlich, gerechte Repräsentanz von Frauen und Männern scheint in weiter Ferne, Frauen sind von Gewalt und Armut betroffen, werden strukturell schlechter bezahlt als Männer, übernehmen zugleich den Löwenanteil der Sorgearbeit und haben noch immer schlechtere Zugänge zu Macht und Ressourcen. Kurzum: Das von den Müttern unseres Grundgesetzes verankerte Versprechen der Gleichberechtigung ist längst noch nicht umgesetzt, das Patriarchat hält sich hartnäckig. Dagegen kämpfen Feminist*innen weiterhin an. Nicht nur bei uns, sondern weltweit werden Rechte von Frauen und Minderheiten, werden emanzipatorische gesellschaftliche Errungenschaften durch einen toxischen Mix aus Rechtsstaatsverächtern, Mackern, Rassisten und Sexisten angegriffen. Der Kampf für eine feministische Gesellschaft, in der alle Menschen frei von Unterdrückung und Gewalt, in voller Würde mit gleichen Rechten leben können, bleibt ein Kampf für die Demokratie.»

Claudia Roth, 65, ist seit 2013 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages.

26.04. 1986

Ein Reaktor des Atomkraftwerks Tschernobyl explodiert.

«Unser Protest ist der Schlüssel zu einer guten Zukunft»

Anna Peters, Bundessprecherin der Grünen Jugend, über die Bedeutung von zivilem Widerstand für die Energiewende

«Es war ein langer Weg des Protests, aber er hat sich gelohnt: 25 Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl beschloss die Bundesregierung 2011 endlich den Ausstieg aus der Kernenergie. Für die Energiewende war das ein existentieller Schritt. Acht Jahre später, Ende Januar 2019, hat die Kohlekommission ihren Abschlussbericht vorgestellt. Dieser Tag hat sich für viele von uns Klimaaktivist*innen leider nicht wie ein Durchbruch angefühlt, sondern wie ein Schlag ins Gesicht.

Seit Jahren gehen wir zusammen mit Bewegungen auf die Straße, blockieren Kohlegruben und beschützen den Hambacher Wald. Trotzdem warten wir auf ein Klimaschutzgesetz, das die Klimakrise wirklich abbildert. Es wird seit Monaten verschleppt. Immer drängender stellt sich daher die Frage, wie in diesen Zeiten des Aufschiebens überhaupt noch eine zukunftsfähige Energiepolitik durchgesetzt werden kann. 80 Prozent der Bundesbürger*innen sind schließlich bereit für eine ambitioniertere Klimapolitik. Unsere Aufgabe muss es also sein, die Proteste, die in den vergangenen Jahren die Gesellschaft wachgerüttelt haben, zusammen mit der Bewegung bis zu den nächsten Bundestagswahlen aufrechtzuerhalten.

Wir müssen die Zusammenhänge zwischen Klimazerstörung, Flucht und sozialer wie globaler Ungerechtigkeit in der Öffentlichkeit diskutieren und diese Diskussionen heute schon in unsere Partei und die Parlamente bringen. Nur so können wir 2021 endlich den Wandel auch in den Bundestag bringen und eine ambitionierte Klimapolitik durchsetzen. Unser Protest und unser Widerstand gemeinsam mit der Klimagerechtigkeitsbewegung ist der Schlüssel zu einer guten Zukunft.»

Anna Peters, 23, ist seit November Bundessprecherin der Grünen Jugend.



14.05. 1993

Die Partei «Bündnis 90» und die west-deutschen Grünen fusionieren.

«Wir standen für einen pragmatischen Politikstil»

Marianne Birthler, Gründungsmitglied von «Bündnis 90», über den Einfluss der Partei auf das Staats- und Institutionenverständnis der Grünen

«Das Verhältnis der Westgrünen zu DDR-Oppositionellen war höchst unterschiedlich: Die meisten nahmen sie kaum zur Kenntnis, andere waren aus ideologischen Gründen sehr distanziert. Einige standen ihr jedoch sehr nah und hielten eine enge Verbindung. Mit dem Zusammenschluss der Parteien 1993 wurden innerhalb der Grünen diejenigen gestärkt, die ein freiheitliches, eher bürgerliches Politikverständnis hatten.

Die kleine bündnisgrüne Bundestagsgruppe hat von 1990 bis 1994 bereits früh neue Akzente gesetzt. In der Friedenspolitik zum Beispiel tabuisierte sie militärische Maßnahmen bei Menschenrechtsverletzungen keineswegs. Damit war sie der späteren Entwicklung der Grünen weit voraus.

Ein ähnlicher Lernprozess vollzog sich im Hinblick auf das Staats- und Institutionenverständnis. Für uns, die wir aus der DDR kamen, war politische Macht negativ besetzt. Viele Grüne aus dem Westen hatten, obwohl sie in einem freien Land lebten, eine ebenso feindselige Einstellung gegenüber dem Staat. Das hatte ideologische Gründe. Auf Ideologie waren DDR-Oppositionelle aber sehr schlecht zu sprechen. Alle «ismen» waren uns verdächtig, stattdessen standen wir eher für einen werteorientierten und pragmatischen Politikstil.

Deshalb hat das «Bündnis 90» beim Vereinigungsprozess einen Grundkonsens angeregt und durchgesetzt. Er definierte die handlungsleitenden politischen Grundwerte und warb für eine neue politische Kultur. Der werteorientierte, nachdenkliche, aber zugleich pragmatische Politikansatz der heutigen Bündnisgrünen erinnert mich an diese Grundsätze – vielleicht habe ich auch deshalb so große Freude an ihnen.»

Marianne Birthler, 72, war Bundesvorsitzende und Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen. Von 2000 bis 2011 war sie Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes.



13.05. 1999

Außenminister Joschka Fischer wird auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Bielefeld aus Protest gegen die Beteiligung der Bundeswehr am Nato-Einsatz im Kosovo-Krieg mit einem Farbbeutel beworfen.

«Wir prüfen den Einsatz von Gewalt mit klugen Kriterien»

Agnieszka Brugger, stellvertretende Vorsitzende der grünen Bundestagsfraktion, über die Folgen der friedens- und sicherheitspolitischen Debatte

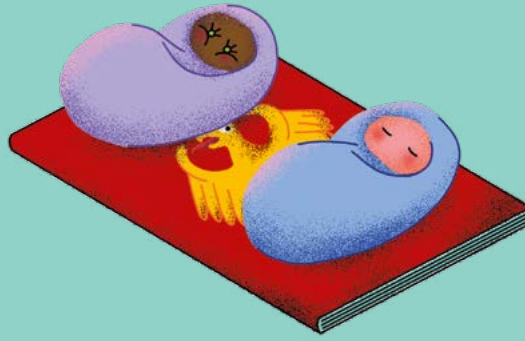
«Eine Welt, die klug genug ist, um Konflikte ohne Waffen zu lösen – das war und bleibt die grüne Zukunftsvision. Solange es aber bewaffnete Konflikte gibt, müssen wir uns in den Einzelfällen mit sehr grundlegenden Fragen im Spannungsfeld von Krieg, Frieden und dem Schutz von Menschenrechten auseinandersetzen. Konflikte können nicht militärisch gelöst werden und wir brauchen viel mehr Einsatz, mehr Geld und mehr Personal für zivile Konfliktlösungen. Militär kann unter eng begrenzten Bedingungen aber notwendig sein, um Räume für politische Lösungen zu öffnen und Menschen vor schrecklichsten Verbrechen zu schützen.

Sehr oft waren es in den vergangenen Jahrzehnten die Grünen, die diese Fragen auch stellvertretend für die Gesellschaft öffentlich diskutiert haben. Diese Diskussionen waren extrem ernsthaft, kritisch und oft auch emotional. Während der ersten rot-grünen Regierungsjahre im Bund sind sie mit den Kriegen auf dem Balkan und in Afghanistan sehr konkret geworden und haben unsere Partei bis an den Rand der Spaltung geführt. Eine Friedens- und Sicherheitspolitische Kommission hat nach der Regierungszeit intensiv, selbstkritisch und mit allen Meinungen an einem Tisch diese Entscheidungen aufgearbeitet und kluge Kriterien für den Einsatz militärischer Gewalt entwickelt, die bis heute unsere Diskussion leiten. Wir machen uns diese schwerwiegenden Fragen nicht leicht und prüfen die Mandate sehr kritisch und sorgfältig, lehnen sie weder reflexhaft ab, noch stimmen wir blind zu.»

Agnieszka Brugger, 35, ist seit 2018 stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und Koordinatorin des Arbeitskreises «Internationale Politik und Menschenrechte».



Illustration: Judith Weber Fotografie: Ulrich Baumgarten / picture alliance



01.01. **2000**

Das Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts tritt in Kraft. Auch in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern können seither die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben.

«Unsere Gesellschaft ist selbstverständlich bunt!»

Sergey Lagodinsky, Abgeordneter im Europäischen Parlament, über die Bedeutung der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts Anfang des Jahrtausends

«Rechtlich gesehen hat sich für mich durch die Reform wenig geändert. Schon Ende 1999 wurde ich nach vorgeschriebener Aufenthaltsdauer deutscher Staatsbürger. Verändert hat sich aber sehr wohl das Gefühl der Existenzberechtigung als deutscher Bürger. Durch die Einführung von jus soli wurde mir wie vielen anderen Neubürger*innen signalisiert, dass wir keine «nicht-deutsche» Ausnahme waren, dass wir nicht von Gnaden der deutschen Großzügigkeit abhängen, uns deutsche Staatsbürger nennen zu dürfen! Nein, unser Weg zur deutschen Staatsbürgerschaft, der nicht über Familienstammbücher und Nachweislegung der Blutsverwandtschaft führte, war ein gleichberechtigter. Wir waren die Gleichberechtigten! Die gleichen Bürger*innen einer Gesellschaft. Diese Veränderung war mitten in der Doppelpassdebatte und trotz der darauffolgenden Leitkulturdebatte wie ein Atemzug frischer Luft. Die Auswirkungen dieser Entscheidung wirken bis heute nach. Denn trotz Rassismus und Populismus hat die Regelung von 2000 Weichen gestellt: Dafür, dass diese Gesellschaft nicht nur bunt, sondern selbstverständlich (!) bunt ist. Diese Selbstverständlichkeit müssen wir uns in der gesellschaftlichen Realität immer noch tagtäglich erkämpfen, aber uns zur Seite steht dabei die Legalität. Und das ist ein wichtiger und ganz entscheidender Faktor.»

Sergey Lagodinsky, 44, geboren in der damaligen Sowjetunion, ist Rechtsanwalt und seit 2019 Abgeordneter im Europäischen Parlament als Teil der Fraktion Die Grünen/EFA.

01.08. 2001



Volker Beck 2017 im Bundestag nach der Abstimmung über die «Ehe für alle».

«Die Grünen setzten sich von Beginn an für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen selbstbestimmt leben können. Alle Menschen sollen ohne Angst verschieden sein können. Das beinhaltet die Emanzipation der Frau ebenso wie die rechtliche Gleichstellung von Schwulen und Lesben. Aus der Geschichte lässt sich eines ganz klar lernen: Dies alles gibt es nicht geschenkt. Sei es die eingetragene Lebenspartnerschaft, seit 2017 endlich auch die Ehe für alle, oder die Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe, all diese Errungenschaften haben wir hart erkämpft. Auch wenn viele sie heute für selbstverständlich halten, sind sie nicht in Stein gemeißelt. Deshalb dürfen wir uns auf den Erfolgen nicht ausruhen, sondern machen weiter – auf den Schultern von Riesen mit Blick in die Zukunft.

Denn es gibt noch viel zu tun im Bereich der geschlechtlichen und sexuellen Selbstbestimmung. Ich wünsche mir, dass das Jahr 2020 ähnlich bedeutend für die Gleichstellung wird wie 2001. Das bevormundende und diskriminierende Transsexuellengesetz muss endlich von einem Gesetz abgelöst werden, das allen Menschen die Möglichkeit gibt, über ihr Geschlecht zu bestimmen. Alle müssen ihre Geschlechtsidentität frei leben dürfen. Zudem sollten alle Menschen den Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung haben. Das umfasst im weiteren Sinne auch das Recht, selbst über den eigenen Körper zu entscheiden. Schwangerschaftsabbrüche haben daher nichts im Strafgesetzbuch zu suchen. «Ob Kinder oder keine entscheiden wir alleine», so lautete der Slogan in der Anfangszeit der Grünen. Sorgen wir dafür, dass er endlich Wirklichkeit wird!»

Ricarda Lang, 26, ist stellvertretende Bundesvorsitzende und frauenpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen.

Das Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft tritt in Kraft. 2017 folgte die «Ehe für alle».

«Alle Menschen sollen ohne Angst verschieden sein»

Ricarda Lang, frauenpolitische Sprecherin der Grünen, über die Bedeutung des Gesetzes über die eingetragene Lebenspartnerschaft für die Gleichstellungspolitik





12.05. 2011

Winfried Kretschmann leistet als erster von Bündnis 90/Die Grünen gestellter Ministerpräsident in Baden-Württemberg seinen Amtseid.

«Der Einsatz für eine gute Zukunft lohnt sich»

Anne Spiegel, Familienministerin in Rheinland-Pfalz, über Ideale und Kompromisse in grüner Regierungsverantwortung

«Grünes Regieren braucht einen klaren politischen Kompass. Als Grüne haben wir den Anspruch, nicht nur aus dem Hier und Jetzt heraus unsere Politik zu entwickeln. Zentral ist die Überzeugung, dass sich der Einsatz für eine gute Zukunft lohnt und dass wir unserer Verantwortung auch in globalen Maßstäben gerecht werden müssen.

Es geht darum, wie wir unsere Welt und unsere Gesellschaft so gestalten, dass auch kommende Generationen darin gut leben können. Der Einsatz für unsere natürlichen Lebensgrundlagen und für die Grundlagen eines guten Zusammenlebens in unserer Gesellschaft gehören deshalb für mich untrennbar zusammen. Wenn wir uns den Bedrohungen unserer Grundwerte beispielsweise durch Hass, Hetze und zunehmende rechte Gewalt entgegenstellen, dann ist das genauso ein Beitrag für die Gestaltung einer lebenswerten Welt von morgen wie der Einsatz für sauberes Grundwasser und gegen die Bedrohungen durch den Klimawandel.

Wichtig ist also das Denken und Handeln in größeren Zusammenhängen. Gleichzeitig braucht grünes Regieren einen sehr klaren Blick auf die Ausgangsbedingungen und auf die Gestaltungsmöglichkeiten, die wir haben und die wir uns noch erarbeiten müssen. Grünes Regieren berücksichtigt die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, Konfliktlinien, die vielfältigen Interessenlagen und Bedürfnisse, denen wir begegnen, wenn wir unsere Gestaltungsaufgabe annehmen. Dazu braucht es einen langen Atem, viel Überzeugungsarbeit – und einen klaren politischen Kompass.»

Anne Spiegel, 39, ist seit 2016 Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz in Rheinland-Pfalz.





Mit uns zieht die neue Zeit

Text: Heinz Bude

Fotografie: Christian Werner

Die politischen Generationen des 20. Jahrhunderts waren in erster Linie Generationen des Krieges. Die des 21. Jahrhunderts werden womöglich solche von Krisen einer nicht-kriegerischen Art sein, wie sie uns die Pandemie des Coronavirus und die lebensbedrohlichen Erkrankungen durch das Virus heute vor Augen führen.

Aber beginnen wir mit dem 20. Jahrhundert. Den Aufschlag machte die «Generation von 1914» (Robert Wohl), die gegen einen herrschenden Historismus, Skeptizismus und Relativismus aufstand. Man wollte «Energie» statt «Vernunft», «Sport» statt «Bildung», «Aktion» statt «Reflexion». Wie aus heiterem Himmel brach die Geschichte des nicht enden wollenden 19. Jahrhunderts ab – und einer jüngeren intellektuellen Generation in ganz Europa erschien der Krieg als eine Form des Lebens. Eine grandiose Unterbrechung sollte ein ganz neues Jahrhun-

dert begründen. Futurismus, Expressionismus und Suprematismus zielten auf den Begriff einer militanten Moderne, die sich als absolut zeitgenössisch und vollkommen international verstand.

Hier erkennt man die beiden Elemente, die seitdem den Begriff der politischen Generation bestimmen: die revolutionäre Idee der Jugend und eine Vorstellung der Endlichkeit der menschlichen Dinge – wenn man so will: ein französisches und ein deutsches Erbe. So wie die Französische Revolution im Zeichen einer neuen Generation ins Werk gesetzt

Romantisch Jugendbewegte, skeptische Flakhelfer und rebellische 68er: Der Soziologe Heinz Bude erklärt, was politische Generationen im 20. Jahrhundert geformt hat. Und was im 21. Jahrhundert auf sie zukommen wird.

wurde, die alles Recht der Welt auf einen Neuanfang besitzt, so entdeckte die deutsche Romantik hinter dem äußeren Gerüst des zeitlichen Nacheinandars das innere Erleben einer geschichtlichen Dauer. In Deutschland taucht um die Jahrhundertwende der Kombinationsausdruck «Jugendgeneration» auf, der zum Ausdruck bringt, wie Jugend und Generation zu austauschbaren Begriffen werden. «Jugend» bezeichnet das Recht zum absoluten Neuanfang, «Generation» die Geworfenheit in eine ganz und gar einmalige Situation. Weil niemand sonst die Einwirkungen und Forderungen der Jetztzeit in dieser Frische und Unterschiedenheit erleben kann, kann sich die «jungen Generation» als Vorhut einer neuen Zeit fühlen.

Politische Generationen definieren sich durch eine Behauptung, die sich erstens auf ein gemeinsames Erleben der ungefähr Gleichaltrigen bezieht, die zweitens eine über lokale oder nationale Grenzen hinausgehende Resonanz erfasst und die drittens Kontroversen über Zugehörigkeiten, Prägeerfahrungen und Schlussfolgerungen provozieren will. Geburtskohorten sind deshalb noch keine Generationen. Es braucht die Bezugnahme auf ein sozialisierendes Eindrucks- und Wirkungserlebnis, aus dem sich das Empfinden einer Gemeinsamkeit der geschichtlichen Lage trotz erkennbarer Unterschiede der Klassenlage oder des nationalen Ursprungs ergibt. Man streitet unter den Jahrgangsgleichen darüber, wer für wen sprechen darf, wo sich der eigentliche Ort des Geschehens befand und vor allem welche Bilanz aus den Erfahrungen zu ziehen ist. Aber man nimmt sich als widerstrebende Generationseinheiten in einem geteilten Generationszusammenhang wahr. Wo für eine Geburtskohorte eine solche Gemeinsamkeit in der Differenz fehlt, ist keine Generation vorhanden. Wo man aber dieses Gefühl der Partizipation an einem gemeinsamen Empfinden und Reagieren zu evozieren vermag, kann es durch Unklarheiten der Jahrgangsgrenzen oder durch Zweifel an der Ereignisbeteiligung nicht widerlegt werden.

Der letztlich elitäre Enthusiasmus der «Generation von 1914» ging im Inferno des Ersten Weltkriegs zugrunde. Auf die Wirklichkeit dieses ersten modernen Volkskriegs waren die Propheten einer absoluten

Modernität nicht gefasst gewesen. Wie vielleicht kein anderer wurde Ernest Hemingway, der in den 1920er-Jahren in Paris lebte, zum Porträtisten dieser «verlorenen Generation». Die hatte etwas in Gang gebracht, von dem sie schließlich überwältigt wurde. Irgendwie, notierte Hemingway dreißig Jahre nach seiner Zeit in Paris, ist jede Generation irgendwann verloren.

Der Generation der Jugendbewegung mit dem Schillerkragen und der Lebensreform folgte in der Zwischenkriegszeit eine «Generation der politischen Jugend». Die wollte keine Selbstverwirklichung, sondern Massenorganisation. Der Ausbruch aus einer schrecklichen Idylle war im Desaster eines Weltkriegs geendet, deshalb suchten die Jungen die Beteiligung an den großen Strömen der Zeit. Nicht allein Kommunismus und Faschismus, auch die internationale Gewerkschaftsbewegung und der New Deal in den USA boten einen Orientierungsrahmen für diese neue Form der politischen Leidenschaft. Entscheidend war die Abkehr von allen Formen der Hochschätzung des Ichs und seiner Identität. Ideologie war nicht Ausdruck einer Täuschung, sondern bewusstes und gewolltes Lebensziel.

Der Wechsel vom Individualisierungs- zum Kollektivierungsideal verdeutlicht, dass keine gerade Linie von Generation zu Generation verläuft. Man identifiziert sich vielmehr mit einer Generation in Abgrenzung zu vorhergehenden und nachfolgenden Generationen. Die Älteren begreifen nicht, was einen erregt und bewegt, und die Jüngeren nicht, was man errungen und durchgemacht hat. Deshalb stößt die Kommunikation zwischen den Generationen immer auf eine Grenze des Verstehens, die mit der Zeitlichkeit des Erlebens zu tun hat. Das historische Alter trennt die Menschen, weil man seiner Zeit nicht entgehen kann. Man kann seine Klasse durch Auf- und Abstieg verlassen. Aber das Gefühl, einer bestimmten Generation anzugehören, kann einem niemand nehmen und kriegt man nie los.

Erstaunlicherweise hatten nach 1945 nicht die Jungen, sondern die Alten ihre Chance. In Deutschland: Adenauer im Westen und der nicht ganz so alte Ulbricht im Osten. Beide waren Angehörige der Weimarer Generation, die sich das Scheitern der Weimarer Republik, die Verbrechen des Nationalsozialismus und den Zusammenbruch des Deutschen Reichs als generationsspezifisches Versagen zurechnete und daraus ihre Führungsposition im Wiederaufbau ableitete. Der entscheidende Unterschied zwischen Ost und West war dann, dass die Weimarer Generation mit ihren Erinnerungen und Erfahrungen aus dem Weltbürgerkrieg die Geschicke der DDR bis zum Schluss lenkte, während in der Bundesrepublik die Flakhelfer-Generation mit Martin Walser, Jürgen Habermas, Karlheinz Stockhausen, Paul Kuhn und vor allem Helmut Kohl die praktische, elastische und transparente Bundesrepublik begründete. Coolness hieß für die «letzten Helden des Führers», dass sie die Leidenschaft der Ideologie durch eine Liebe zu den Dingen, Verfahren und Fahrplänen ersetzte.

In der Bundesrepublik ging 1968 zu Ende, was 1945 begonnen hatte. Der «nachträgliche Ungehorsam» der Studentenbewegung, so der Skeptiker Odo Marquard, diente der Befreiung von Vergessenswünschen, Reparaturgesinnung und Fremdanlagen. Die um 1940 geborenen Kriegskinder kannten die Kosten des männlichen Ungeschehenmachens aus ihren Familien und spürten die Verleugnungen

eines verbissenen gesellschaftlichen Realitätsprinzips. So wurde Negation als legitimes Sozialisationsmodell eingeübt, was einem erlaubte, das Dagegensein als eine Form des Dabeiseins zu erleben.

Danach kamen die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer, für die 1968 schon Geschichte war. Die hatten mit den 68ern als Lehrern und Vorgesetzten zu tun und erkannten mit dem nötigen Abstand die blinden Flecken des Projekts der Gesellschaftskritik. Der Punk, der von der Wende von den siebziger zu den achtziger Jahren neue Töne im Pop anschluss, war Ausdruck eines absolut untragischen Generationsgefühls. «No Future» war die Parole für eine Haltung, die sich weder von der Vergangenheit noch von der Zukunft beherrschen lassen wollte. Den Hausbesetzern in Zürich, Amsterdam und Berlin waren der «fröhliche Positivismus» Foucaults näher als der Ableitungsmarxismus der Parteaufbau-Organisationen.

Der grüne Ansatz erwies sich vor diesem Hintergrund als generationeller Kompromiss zwischen abgerüsteten Restachtundsechzigern, empörten Friedens-, Umwelt- und Frauenbewegungsaktivist/innen und den unbekümmerten Rebellen des Neudenkens und Andersmachens.

Die politischen Generationen der Gegenwart wissen seit 9/11, dass das Schlimmste, was einer Gesellschaft passieren kann, nicht hinter ihnen, sondern vor ihnen liegt. Was das für Großereignisse sind und in welcher Art und Weise sie eine Gesellschaft treffen, ist heute ganz direkt und unausweichlich zu erleben. Die Post-Baby-Boomer, denen beschieden wurde, dass sie das Lebenschanceniveau ihrer Eltern als Generation nie erreichen werden, hatten sich in eine historische Beschwerdehaltung zurückgezogen. Jetzt erfahren sie ihre Bewährung: Sie tragen mit ihren schulpflichtigen Kindern nicht nur eine schwere Last aufgrund der weitgehenden Stillstellung des öffentlichen Lebens. Sie empfinden auch die Verantwortung für die kluge Politik des Wiederaufbaus, nachdem das Virus eingedämmt und ist und die Menschen sich fragen können, wie wir leben wollen.

Prof. Dr. Heinz Bude ist Leiter des Arbeitsbereichs «Die Gesellschaft der Bundesrepublik» am Hamburger Institut für Sozialforschung und Professor für Makrosoziologie an der Universität Kassel.

Warum grüne Geschichte?

Eine politische Strömung, die «vorne» sein und bleiben will, tut gut daran zurückzublicken.

Text: Roman Schmidt

Ins Handköfferchen für die abgeklärte Zeitgenossenschaft gehörte lange Jahre unbedingt die Sentenz, dass sich aus der Geschichte ja ohnehin nicht lernen lasse. Dieser Spruch ist im Angesicht der gegenwärtigen Krisen seltener zu hören. Das ist gut so, denn in seiner Absolutheit ist er ebenso unsinnig, wie der naive Schulmeisterglaube, gegen den er ursprünglich einmal gerichtet war: Wer nur fleißig die Vergangenheit studiere, sei gegen Fehlentwicklungen der Gegenwart gefeit.

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte schützt nicht vor falschen Entscheidungen, aber sie eröffnet den Raum historischer Erfahrungen und ermöglicht Orientierung, nicht zuletzt in der Politik. So wichtig es ist, auf historische Gleichsetzungen zu verzichten (die notorischen «Weimarer Verhältnisse»; aktuell die «Spanische Grippe»), so klug ist es, Parallelen, Unterschiede und Entwicklungslinien zu vergegenwärtigen und danach zu fragen, auf welche Weise historische Vorstellungen und Erfahrungen in unserer Gegenwart wirken.

Die vielleicht wichtigste und berührendste Erkenntnis, die aus dieser Auseinandersetzung zu gewinnen ist, ist die von Geschichtlichkeit. Früher war es wirklich anders. Die Einsicht kommt trivialer daher als sie ist, und sie gilt sogar für jene trügerisch vertraute Vorgeschichte der Gegenwart, mit der es «grüne Geschichte» meist zu tun hat.

Wie lang sind 40 Jahre?

40 Jahre mögen in vieler Hinsicht eine kurze Zeit sein. Vielen scheinen die frühen 1980er Jahre sehr vertraut – gerade in Westdeutschland, wo «1989» bis heute erfahrungsgeschichtlich oft nicht als die Zäsur wahrgenommen wird, die es

globalgeschichtlich war. Manche Erinnerungen an Wyhl, Brokdorf oder die Demonstrationen im Bonner Hofgarten von 1981/83 klingen, als hätten sie unmittelbar vor Fridays for Future stattgefunden. Zeitgeschichte darf sich aber nicht damit begnügen, dem Erleben der Zeitzeug/innen zu folgen, sondern muss nach Erklärungen suchen.

Die gute alte BRD war zur Zeit der Gründung der grünen Partei in wichtigen Punkten eine andere Republik. Wer heute darüber liest, mit welcher Härte die Anliegen der neuen sozialen Bewegungen von den drei Parteien der alten Bundesrepublik zurückgewiesen wurden; wer sich heute den Videomitschnitt von 1983 ansieht, der die Reaktionen im Bundestag auf Waltraud Schoppes Rede gegen Vergewaltigung in der Ehe und den «alltäglichen Sexismus hier im Parlament» zeigt; wer sich erinnert, mit welchen Worten noch vor zwanzig Jahren aus der Mitte der CDU heraus gegen die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts Kampagne gemacht wurde ... der gewinnt ein differenzierteres Bild davon, wie sich die politische Kultur in der Bundesrepublik in diesen vier Jahrzehnten graduell verändert hat (einschließlich der aktuellen



Ruf – und als manche ihrer Repräsentant/innen. Unterm Strich bleibt die nachhaltige Aussöhnung mit den Institutionen des demokratischen Rechtsstaats das bis heute wichtigste historische learning der grünen Bewegung und Partei (für das «Bündnis 90» war dieser Weg sehr viel kürzer).

Darum grüne Geschichte

Der Blick zurück offenbart 40 Jahre Verflechtungsgeschichte zwischen Protest und Partei, Ost und West, Oppositions- und Regierungsarbeit, gesamtgesellschaftlicher und grüner Veränderung. Er gibt Anlass zur kritischen Selbstbefragung, und er kann Quelle für begründetes Selbstbewusstsein sein. Zu fragen ist, wo die Bündnisgrünen Träger/innen eines gesellschaftlichen Wertewandels waren und in welchen Punkten sie frühere Positionen revidiert oder gänzlich aufgegeben haben. Auch, was von der aktuellen Programmatik noch auf das ursprüngliche Repertoire der neuen sozialen Bewegungen verweist und wo neue Impulse aufgenommen wurden, etwa aus der Bürgerbewegung oder aus post-migrantischen und post-kolonialen Diskursen. Zu fragen ist auch danach, wie die Bündnisgrünen auf die ideenpolitischen Grundströmungen des Liberalismus, des Sozialismus und des Konservatismus rekurrierten und inwiefern diese selbst wiederum durch die konsequente Einbeziehung der ökologischen Frage transformiert wurden.

Andere Historiker/innen, Geschichtsinteressierte und Zeitzeug/innen werden andere Linien betonen und Schlüsse ziehen wollen als die in diesem Artikel skizzierten. Gut so: Geschichtsschreibung wird ihrer Rolle in der Demokratie nur gerecht, wenn sie kritisch vorgeht, Raum für Dialog und gegenläufige Interpretation lässt. Schwer zu bestreiten sein wird gleichwohl, dass die grüne Geschichte inzwischen ein fester Bestandteil der deutschen Demokratiegeschichte geworden ist.

Gegenbewegungen und der Gefahr von Rückschlägen). Liberalisierung und Pluralisierung sind Dimensionen einer deutschen Demokratisierungsgeschichte, die weniger in die oft heroisierten 1960er- und 1970er-Jahre gehören, sondern vor allem in die Zeit seither.

Die Bündnisgrünen waren ein Kind dieser Entwicklung und hatten keinen unbedeutenden Anteil an ihr. Dass es einige ihrer zentralen Themen, allen voran Ökologie und Geschlechtergerechtigkeit, dabei von den Rändern der Alternativkultur in den gesellschaftlichen Mainstream getragen hat, sollte sie freuen. Das gilt auch für formale und prozedurale Erfolgsgeschichten wie die Doppelspitze und Quoten.

Dabei erwies sich die Basis der auch von grüner Seite lange belächelten «freiheitlich-demokratischen Grundordnung» als deutlich fortschrittlicher als ihr

Dr. Roman Léandre Schmidt ist Referent für Zeitgeschichte der Heinrich-Böll-Stiftung.

- Save-the-Date: Vom 30.–31. Oktober 2020 geht es bei der (digitalen) Konferenz zur «Grünen Erzählung» um Verändern und Bewahren vor dem Hintergrund von 40 Jahren grüner Geschichte.
- Ebenfalls ab Herbst 2020: gruenegeschichte.de, eine neue Website der Heinrich-Böll-Stiftung.

«Ich bin nicht dafür gewählt, dass ich mich persönlich wohl fühle»

Interview: Peter Unfried

Es wird gern und oft gesagt, aus der Corona-Krise könne man lernen. Stimmt das tatsächlich? Was haben Sie in den letzten Monaten gelernt, Frau Pop?

Man lernt tatsächlich viel, zum Beispiel über Menschen. Der Spruch bewahrheitet sich: Charakter zeigt sich in der Krise. Außerdem legt die Krise schonungslos offen, was funktioniert und was nicht. Auf einmal gehen Dinge ganz schnell, für die man davor Wochen, Monate oder Jahre gebraucht hätte. Wer hätte es etwa Berlin zugetraut, ein Online-Programm zur Unterstützung der Berliner Wirtschaft innerhalb von vier Tagen zu bauen, so dass eine Woche später etwa 190.000 Antragsteller und Antragstellerinnen knapp 1,6 Milliarden Euro auf ihren Konten haben? Es wurde Schlag auf Schlag überwiesen, so dass eine Bank sogar dachte, es handle sich um Hacker-Angriffe.

Es gab auch Klagen: Erst sagt Frau Pop, es sei genügend Geld für alle da, und dann war es ruckzuck aus.

Es fließt weiter Geld. Wir haben gesagt, wir gehen mit dem Berliner Zuschuss voran und leisten die Nothilfe, weil der Bund noch nicht da ist, und mit den Bundesmitteln zieht sich das Land zurück. Dennoch tragen wir weiter Verantwortung – für kleine und mittlere Unternehmen ergänzend zum Bundesprogramm, für die Kultur, weil diese überragend wichtig für Berlins Wirtschaft ist. Diese Krise kann nur durch die gemeinsame Kraftanstrengung von Bund und Ländern gemeistert werden.

Was sehen Sie über Berlin hinaus jetzt anders?

Die große Frage ist: Werden wir eine Gesellschaft, die aufmerksamer für Krisen wird, damit wir Krisen früher erkennen und eindämmen können, oder macht die Mehrheit weiter wie davor? Dies ist die erste

Die Berliner Wirtschaftssenatorin Ramona Pop über Verantwortungspolitik in Corona-Zeiten und ihre politische Biografie.

17



globale Krise, nahezu alles passiert auf einen Schlag in allen Ländern der Erde. Die Krise zeigt uns, was Europa leisten könnte – oder eben leisten müsste. Sie zeigt denen, die in der neoliberalen Zeit geprägt worden sind, wie leistungsfähig der Staat ist. Wir erleben aber auch, in welcher Schnelligkeit persönliche Freiheitsrechte von Bürgerinnen und Bürgern eingeschränkt werden können.

Da die persönliche Angst der Treiber war, haben es die meisten zunächst als unausweichlich akzeptiert.

Kontaktbeschränkung und Distanzbewahrung sind staatliche Maßnahmen, die epidemiologisch notwendig sind. Was mich persönlich erschreckt, wie schnell Menschen, die sonst jede staatliche Regulation sofort als Freiheitsbeschränkung anprangern, in diesem Fall über Nacht bereit waren, nicht nur ihre Freiheitsrechte über Bord zu werfen, sondern sogar nach mehr Einschränkungen riefen. Gerade mit meiner Biografie ...

... der Kindheit in der neostalinistischen Diktatur Rumäniens...

... habe ich damit gehadert. Aber es ist auch im finanziellen Bereich auf einmal möglich, was vorher nicht annähernd auch nur angedacht wurde. Der Bundeshaushalt hat sich, meine ich, verdoppelt, unser Berliner Haushalt ist auch gewaltig gewachsen.

Es gab Glückseligkeit und auch Hohn bei der politischen Konkurrenz, als mit der Corona-Krise die Bundesgrünen in den Umfragen zurückfielen. Der Tenor: Schönwetterpartei! Wenn es ernst wird, sind doch die guten alten Volksparteien gefragt. Was setzen Sie argumentativ dagegen?

Unsere Parteiführung verhält sich klug. Es ist eine gute Mischung aus Unterstützung der Regierung in der Krise und die richtigen Fragen über den Tag hinaus zu stellen. In einer solchen Krisen-

situation dominieren existenzielle Fragen und der Fokus richtet sich natürlich zuerst auf die Exekutive. Da, wo wir regieren, richtet sich die Aufmerksamkeit also auch auf uns. Diese aktuelle Aufgabe müssen wir verantwortlich und umsichtig lösen.

Positiv gesehen hat sich der behutsame Reform- und auch Realitätswille in Teilen der neuen Mittelschicht manifestiert im Aufstieg der Grünen in Umfragen. Die Frage ist, ob der Reformwille zurückkommt oder perdu ist?

Die Theorie der beiden ehemaligen Volksparteien lautet doch: Die Leute gucken jetzt auf das «Brot und Butter»-Geschäft. Alles andere sind Schönwetterthemen, wenn Menschen ihre eigene Existenz sichern müssen. Und das wird nach Corona so bleiben. Ich denke jedoch, dass durch die Krise das Bewusstsein dafür wächst, dass unsere Gesellschaft krisenfester werden muss. Wir stellen fest, dass wir diese Krise nicht national lösen können. Es gibt eine höhere Aufmerksamkeit dafür, auf Frühwarnsysteme zu hören. Es gibt Staaten, die schnell gehandelt haben, während andere die Krise aussitzen wollten und damit jetzt hadern. Diese Erfahrungen werden unser Verhältnis zur Klimakrise verändern, wenn wir darauf hören.

Das ist eine politische Entscheidung.

Richtig. Wenn wir in eine drohende Rezession rutschen und der Staat Konjunkturprogramme auflegen wird, stellt sich doch die Frage: Gibt es wieder eine Abwrackprämie für den fünften Diesel oder stellen wir auf Green Economy um, schaffen wir die Wende in der Energiepolitik? Trauen wir uns, in neue Strukturen zu investieren? Sorgen wir für Krisen-Resilienz? Schaffen wir Investitionen in unsere digitale Infrastruktur, der Bereich der Wirtschaft, der mehr denn je gefragt ist? Und da wird es einen großen Teil der Bevölkerung

«Wenn wir in eine drohende Rezession rutschen und der Staat Konjunkturprogramme auflegen wird, stellt sich doch die Frage: Gibt es wieder eine Abwrackprämie für den fünften Diesel oder stellen wir auf Green Economy um, schaffen wir die Wende in der Energiepolitik?»

geben, der sagen wird : Jetzt müssen wir das richtig und deutlich zukunftsorientierter machen als bisher.

Manche denken, das Zurückfahren von Wirtschaft und Mobilität in der Corona-Krise sei auch die Antwort auf die Klimakrise. Ralf Fücks, Vordenker des Green New Deal, widerspricht vehement. Die sozialökologische Transformation brauche das Gegenteil, nämlich wirtschaftliche Dynamik.

Das teile ich. Auch wenn wir jetzt kurzfristig CO₂ einsparen, dadurch dass niemand mehr fliegt, halte ich es für einen Trugschluss, dass eine globalisierte Gesellschaft das auf Dauer durchhält. Was nicht heißt, dass es nach der Krise keine Veränderungen im Tourismusverhalten und auch in der Arbeitswelt bezüglich des Vielfliegens geben wird. Doch der Shutdown als Methode zur Bekämpfung der Klimakrise führt zu so hohen sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgekosten, dass ich dies weder empfehlen noch vertreten kann. Ich habe nie zu denen gehört, die gesagt haben, dass Wachstum per se schädlich ist. Auf die alte Art, ja. Es braucht zur Bekämpfung der Klimakrise einen klaren ordnungspolitischen Rahmen. Dann kann grünes Wirtschaften sogar einen Schub fürs Wachstum geben. Was wir nicht vergessen dürfen: Wachstum schafft Einnahmen, die im nächsten Schritt gesellschaftlich umverteilt werden können.

Das Problem ist, dass Politik und Mediengesellschaft sich immer nur auf eine Sache konzentrieren können, und das meist auch noch eindimensional. Bisher sind wir nicht in der Lage, die sich entwickelnden Krisen zusammenzudenken.

Wir lernen gerade viel über Krisen. Auch wenn wir uns nur auf diese Krise konzentrieren, werden wir verändert aus ihr rausgehen und einen anderen und neuen Blick für das bekommen, was wichtig ist.

Glauben Sie wirklich?

Ja. Es kristallisiert sich zum Beispiel ein neues Verständnis des Staates und dessen strategischer Rolle heraus. Wir haben jetzt gemerkt, wie sehr man von einzelnen Ländern abhängig ist, wenn aus betriebswirtschaftlichen Gründen die gesamte Produktion nach Indien und China verlagert wird. Die Diskussion hat coronabedingt für die Pharmaindustrie begonnen, sie betrifft aber auch die Energie- und die digitale Infrastruktur.

Ex-Außenminister Joschka Fischer hat gesagt, der Staat werde nun zum Vorsorgestaat werden. Das höre ich bei Ihnen auch heraus.

Also, ich will Ihnen gar nicht erzählen, wer jetzt plötzlich alles vor unserer Tür steht und sagt, ihr müsst das jetzt richten als Staat. Der Begriff Vorsorgestaat trifft es für mich jedoch nicht, weil das zu sehr die alten ideologischen Diskussionen atmet. Ich bin da eher bei der – strategischen – Sicherung von Infrastrukturen. Die Frage ist, inwiefern wir in dieser neuen Welt in der Lage sind, unsere eigenen Infrastrukturen aufzubauen, zu betreiben und unsere Daten zu schützen? Die Diskussionen haben wir rund um Energienetze, rund um die neue Mobilfunkaufstellung 5G. Das ist nicht trivial, denn die Dateninfrastruktur wird noch relevanter werden, Homeoffice, Videokonferenzen und mehr Datenübertragung werden sich vermutlich nach der Krise noch verstärken. Wenn jemand in Berlin arbeitet, wird er künftig weniger nach Frankfurt für eine kurze Besprechung fliegen.

Was den Vorsorgestaat angeht, hat Westberlin eine echte Tradition. Was die Wirtschaftsdynamik angeht, steht es noch nicht so ideal. Beides müsste durch eine sozialökologische Krisenresilienzpolitik verknüpft werden. Das ist Ihr Job.

Es gab Zeiten, in denen die Grünen für Berlin wirtschaftliche Dynamik eingefordert haben, und die Antwort lautete unisono: Wozu? Das Geld fließt doch bloß in den Länderfinanzausgleich zurück.

Diese Haltung hat sich überlebt, Berlin wächst seit Jahren. Wir haben das Jahr 2019 in Berlin mit drei Prozent Wirtschaftswachstum abgeschlossen. Andere, die mit Häme und Spott auf Berlin schauen, sollen mir mal zeigen, welche andere Stadt in Europa mit so einer Geschichte von Krieg und Teilung heute so erfolgreich ist.

In der Öffentlichkeit bleibt häufig hängen, dass gerade die Berliner Grünen alte Wirtschaftsskepsis pflegen. Zuletzt im Fall der Automobilmesse IAA. Sie wollten sie haben, die Grünen aber nicht.

Die knappe Mehrheit meiner Partei, 52 Prozent, vermutete, dass die Automobilindustrie nicht in der Lage sei, sich so zu verändern, wie sie sie angesichts der Klimakrise und neuer Mobilitätsanforderungen müsse. Ich gehöre zu denjenigen, die die Herausforderungen formulieren und sagen: Wir müssen darüber reden und Pflöcke einschlagen, was mit der Automobilindustrie und einer neuen IAA für die Mobilitätswende und Klimaschutz erreicht werden kann. Es ist auch immer die Frage, ob man die Regierungsverantwortung verinnerlicht hat, oder nicht. Tut man es, kann man nicht von der Seitenlinie meckern.

Man ist dafür mehr von dieser Welt, weil man sich täglich mit ihrer Realität auseinandersetzen muss. Warum lachen Sie?

Alle leben in ihren eigenen Diskurs-Bubbles, vor allem über die sozialen Medien. Als Regierungsmitglied trifft man jeden Tag ganz unterschiedliche Menschen und ihre sehr unterschiedlichen Meinungen, das ist ganz hilfreich und weitet den Blick. Selbstvergewisserung ist eine gute Sache. Fortschritt wird aber erreicht, indem man mit Andersdenkenden einen Aushandlungsprozess eingeht und sich in eine Richtung bewegt, die man gemeinsam vertreten kann.

Die Grünen sind in Baden-Württemberg hegemonial geworden, weil sie auch als Wirtschaftspartei wahrgenommen werden. Sie haben die Zuständigkeit der CDU und FDP weggenommen. Das wird durch die Corona-Krise noch wichtiger. Ich habe nicht das Gefühl, dass alle Grünen verstanden haben, dass der Schritt zur Wirtschaftspartei die Voraussetzung für sozialökologische Politik ist.

Ja und nein. Das erste Grüne Grundsatzprogramm hatte beim Wirtschaftsprogramm den lapidaren Satz stehen: Wird nachgereicht. Heute gibt es einen grünen Wirtschaftsminister und eine Wirtschaftsministerin. Und zwar genau aus dem Gedanken heraus, dass die ökologische Transformation der Marktwirtschaft ohne die Wirtschaft eben nicht geht. Wie will man denn die Klimakrise bewältigen, wenn man sich von der Wirtschaftspolitik fernhält? Wenn ich die Wirtschaft dauerhaft nur aus der Umweltperspektive kritisiere, passiert wenig. Wer die Wirtschaft ökologisch transformieren will, muss ihre Funktionsbedingungen kennen. Steuereinnahmen fallen übrigens auch nicht vom Himmel.

Haben Sie das Wirtschaftsministerium auch besetzt, um in diese Richtung Symbolpolitik zu machen?

Würde ich Symbolpolitik betreiben, würde ich einen falschen Job machen.

Gibt es interne Gesprächskreise, wo die grünen Wirtschaftsminister sich strategisch abstimmen ... Sie lachen schon wieder?

Tarek Al-Wazir und ich sind zu zweit und haben Handys.

Haben Sie das schon 2006 ausgeklügelt, als junge Grüne – darunter neben dem heutigen stellvertretenden hessischen Ministerpräsidenten Al-Wazir auch Sie – die Grünen mit dem »Realismus und Substanz«-Programm neu formatierten?

Sie meinen so, wie die Jungs sich in der CDU den Andenpakt gestrickt haben? Wir haben damals nicht verabredet, dass wir Wirt-

schaftsminister werden. Unser Thema war, das grüne Spektrum zu erweitern. Nicht nur um Wählerstimmen zu gewinnen, sondern weil es folgerichtig war.

Die rot-grünen Jahre hatten 2005 mit einem bösen Kater geendet. Die Milieus, die 1998 mit großem Hurra rot-grün wollten, hatten nicht begriffen, wie sehr die globalisierte Welt sich schon verändert hatte, was sich dann in Kriegen und in der Arbeitsmarktreform ausdrückte. Danach fiel man erstmal in Starre.

Ich komme aus der Generation, für die Bundeskanzler-Helmut-Kohl ein Wort gewesen ist.

Ich bin 1997 in die Partei eingetreten. Es stimmt, 1998 kam bei vielen der Realitätsschock. Ja, man wollte rot-grün, aber dass man damit dann als erstes den Kosovo-Krieg führt, stand nicht im Programm. Der Realitätsschock hat uns aber weder aus der Regierung rausgefeuert noch in die Schockstarre versetzt und in die Handlungsunfähigkeit gebracht. Rückblickend ist damals das Fundament für viele bis heute wichtige Themen und Errungenschaften gelegt worden, etwa die eingetragene Lebenspartnerschaft oder das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Auch wurde damals der Grundstein für den langanhaltenden wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands gelegt. Und das Ende von Rot-Grün war eine Krise, aus der wir lernen konnten.

Sie sahen Mitte der Nullerjahre die Lage nicht so kritisch?

Wir wollten damals aus der Regierungszeit lernen. Es ist nicht alles gut gelaufen, wir haben schnell gemerkt, wie man Dinge umsetzen kann und wie besser nicht. Aber die Veränderungen dieser sieben Jahre sind bis heute deutlich sichtbar. Rot-Grün hat die Republik verändert, modernisiert. Ich hätte dennoch nicht gedacht, dass wir im Bund so lange auf eine nächste Regierungsbeteiligung warten müssten. Das zeigt, dass man die Chancen, die sich danach boten, konsequenter hätte nutzen müssen.

In Berlin hat es auch lange gedauert.

Stimmt. Wir dachten, wir würden früher an den Punkt kommen, wo wir in der Regierung das Gelernte anwenden können.

Der grüne Strategie Reinhard Bütikofer sieht die Geschichte der Grünen in drei Phasen: Erstmal Vollopposition und Dagegen-Partei. Dann Dafür-und-Dagegen-Partei, mit ersten Landeskoalitionen ab 1985 und Rot-Grün im Bund. Und nun die dritte Phase als Verantwortungspartei für das große Ganze, in die die Grünen durch die Wahl von Winfried Kretschmann zum Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg sichtbar katapultiert wurden. Gleichzeitig gab es aber eben auch die Generation von Ihnen, Habeck, Heinold, Fegebank, Al-Wazir, die in den Ländern regieren wollten?

Wenn es diese Phasen gibt – und es klingt plausibel, was Reinhard da skizziert – dann ist diese dritte Phase tatsächlich nicht vom Himmel gefallen. Bei der ersten Wahl von Winfried Kretschmann dachte man natürlich: Wow, da passiert jetzt etwas Neues. Die Wahl erfolgte überraschend, doch nicht unvorbereitet. Wir, jetzt mal als Genera-

tion gesprochen, sind oft dafür gescholten worden, dass wir in den Ländern Politik machen wollten und nicht in den Bund gegangen sind. Das entsprang keiner bewussten Absprache. Ich fand Berlin immer spannend, hier gibt es so viel zu tun. Ich regiere gerne hier, statt im Bund auf der Oppositionsbank zu sitzen und den ganzen Tag lang Anfragen zu schreiben. Über die Länder hat sich dann in der ganzen Partei etwas verändert, was in dieser neuen Phase sichtbar geworden ist.

Warum wollte diese Generation in den Ländern regieren? Hat man der Bundestagsfraktion das Regieren nach 2005 nicht mehr zugetraut?

In den Ländern gab es Gestaltungsmöglichkeiten, die es im Bund nicht gab und bis heute nicht gibt. Opposition kann ich, das weiß ich, das habe ich hier in Berlin lange genug gemacht, dafür muss ich nicht in den Bund wechseln.

Sie sind 1988 aus Rumänien eingewandert, Frau Pop, waren aber nie auf diesem Karriereticket bei den Grünen, warum nicht?

Ich bin auf gar keinem Ticket und ich fühle mich zwischen allen Stühlen ganz bequem.

Ich habe vielleicht mehr Migrationserfahrung als jemand, der in zweiter oder dritter Generation in Kreuzberg geboren ist. Ich weiß, was es heißt, die Zelte abubrechen und mit 20 Kilogramm Gepäck pro Nase in ein fremdes Land zu gehen. Ich weiß, was Grenzen sind, vor denen man Angst hat, weil man vielleicht doch den Pass weggenommen kriegt und zurückgehen muss. Ich war aber insofern privilegiert, weil ich bei meiner Ankunft die Sprache sprechen konnte ...

... sie gehörten zu der von Ceaușescu diskriminierten deutschsprachigen Minderheit ...

... und aus einem gutbürgerlichen Haushalt stammte und gut in der Schule war. Trotzdem war ich dort, wo ich ankam, anders. Diese Erfahrung, als seltsam angesehen zu werden, weil man anders ist, die habe ich erlebt. Und ich teile mit vielen die osteuropäische Erfahrung eines von Grenzen durchzogenen Europas. Die Bewegungsfreiheit einzuschränken, das ist für mich ein persönlich schwerer Schritt, aber ich bin nicht dafür gewählt, dass ich mich persönlich wohl fühle.

Würden Sie sich als Verfassungspatriotin bezeichnen?

Ja, eindeutig. Es ist ein Spannungsfeld, dass die Grünen heute Institutionen verteidigen müssen, die sie traditionell eher kritisch hinterfragt haben.

Ramona Pop ist seit 2016 Wirtschaftssenatorin und Bürgermeisterin des Bundeslandes Berlin. Sie wanderte 1988 aus Rumänien ein, kam 1997 zu den Grünen und gehörte zur neuen politischen Generation, die nach dem Ende von Rot-Grün die Grünen neu in der Realität positionieren wollte.

Peter Unfried ist Chefreporter und Kolumnist der taz.

«Ich habe vielleicht mehr Migrationserfahrung als jemand, der in zweiter oder dritter Generation in Kreuzberg geboren ist. Ich weiß, was es heißt, die Zelte abzubauen und mit 20 Kilogramm Gepäck pro Nase in ein fremdes Land zu gehen.»



Internationale Solidarität. Kampf für eine gerechtere Weltordnung. Demokratie, soziale und ökologische Gerechtigkeit im globalen Maßstab zusammendenken: Von Beginn an hatten die Grünen eine Sichtweise auf die Welt, die bis dahin unbekannt war und die bis heute ihre Arbeit und die der Heinrich-Böll-Stiftung prägt.

Der andere Blick auf die Welt

Text: Barbara Unmüßig

Die Gründung der Grünen ist sehr eng verwoben mit dem gesellschaftlichen und politischen Aufbruch der 1970er-Jahre. Ohne die Friedens-, Ökologie-, Frauen- und Dritte-Welt-Bewegung hätte es wohl keine neue Partei gegeben. Ihre programmatischen Impulse speisten sich besonders aus der Ökologie- und Friedensbewegung. Bemerkenswert ist, welch großen Stellenwert die Außenpolitik und Nord-Süd-Politik bereits im ersten Bundesprogramm der Partei im Jahr 1980 einnahm. In der Präambel heißt es dort: «(...), dass wir uns gegen die Besetzung von Staaten und die Unterdrückung von Volksgruppen wenden und für Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Volksgruppen in allen Staaten eintreten. Frieden ist untrennbar (...) mit dem Vorhandensein demokratischer Rechte verbunden.» Damit war die grundsätzliche Orientierung der Partei bereits skizziert.

Globale Abrüstung, Gewaltfreiheit und Menschenrechte sowie das Selbstbestimmungsrecht der Völker bildeten den programmatischen Kern der Grünen der ersten Stunde. Der oberste Grundsatz



war, dass humane Ziele nicht mit inhumanen Mitteln erreicht werden können. Die Partei bekannte sich zu einer aktiven Friedenspolitik. Welche Widersprüche und Zielkonflikte sich daraus ergeben, wurde schon in den ersten Jahren nach der Parteigründung deutlich. Immer wieder gab es heftige Kontroversen zu den Fragen von Gewaltfreiheit und Le-

gitimität von bewaffnetem Widerstand («Waffen für El Salvador»). Sie mündeten in den scharfen Auseinandersetzungen rund um die militärischen Interventionen unter grüner Regierungsbeteiligung auf dem Balkan und in Afghanistan.

Als die Partei 1983 in den Bundestag einzog, galt die Weltordnung, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden war. Auf der einen Seite der Hegemon USA und die neu gegründeten Institutionen von der NATO bis zu den Finanz- und Handelsorganisationen. Auf der anderen Seite Moskau als zweitem Zentrum im Ost-West-Konflikt und Kalten Krieg.

In den 1980er- und 1990er-Jahren unterstützten die Grünen die zahlreichen Befreiungs- und Emanzipationsbewegungen und die jeweiligen Solidaritätsgruppen, die sich um die Kämpfe gegen Militärdiktaturen in Mittel- und Lateinamerika, gegen das Apartheidregime in Südafrika oder um Stellvertreter- und Bürgerkriege im Nahen Osten, Afrika und Asien gebildet hatten: «Wann immer irgendwo auf dem Globus Unrecht geschah und die betroffene Bevölkerung und internationale Solidaritätsgruppen dies öffentlich anprangerten, fand sich ein Abgeordneter der Grünen, der dieses Problem zumindest in einer Kleinen Anfrage im Bundestag zur Sprache brachte.»¹ Der Anspruch, parlamentarischer Arm der Bewegung, der Anwalt der Schwachen zu sein, den Unterdrückten eine Stimme geben – das wurde mit vielfältigen parlamentarischen Initiativen, mit spektakulären Reisen und Aktionen grüner Mitglieder und Abgeordneter nachgerade zelebriert.

Neben der Solidarisierung mit Emanzipationsbewegungen – es gab sogar einen Solidaritätsfonds für Dritte-Welt-Länder, der mit Abgeordnetendiäten finanziert wurde – etablierte sich sehr bald ein zweiter thematischer Strang: die Auseinandersetzung mit einer ungerechten Weltordnung, die soziale Ungleichheit, ökologische Zerstörung und politische Asymmetrien zwischen Nord und Süd schafft. Strukturen und Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft gerieten in den Fokus: Behindern oder fördern sie eine soziale und demokratische Entwicklung in Entwicklungs- und Schwellenländern? Was sind die strukturellen Voraussetzungen, um globale Gerechtigkeit zu schaffen und Armut zu überwinden? Die Grünen stellten die klassische Entwicklungspolitik beharrlich in Frage, weil auch sie für außenwirtschaftliche und politische Interessen im Kalten Krieg instrumentalisiert wurde und de facto – und anders als behauptet – gar nicht den ärmsten Bevölkerungsgruppen zugute kam.

Massiv in der Kritik standen der Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbank, die Lateinamerika und Afrika im Zuge der Schuldenkrisen neoliberale Strukturanpassungsprogramme aufzwingen. Damit zementierten sie neue politische und ökonomische Abhängigkeiten des Südens vom Norden, trieben viele Menschen in die Armut und beschleunigten die ökologische Zerstörung. Die Washingtoner Organisationen radikal zu reformieren, war deshalb eine der Kernforderungen einer breiten internationalen Kampagne, die 1988 einen Höhepunkt in den Demonstrationen anlässlich der IWF-Weltbankjahrestagung in Berlin fanden.

Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit vieler grüner Initiativen standen zudem die strukturellen Ursachen der Abholzung der Regenwälder, also unser Fleisch- und Holzbedarf, aber auch Infrastrukturprojekte wie Großstaudämme. Ebenso rückten diese Initiativen die ersten Anzeichen des Klimawandels, wie das Ozonloch und den Treibhauseffekt, in den Fokus. Staatliche Entwicklungshilfe müsse



zuallererst als globale Strukturpolitik begriffen werden, so die Forderung damals. Fortschrittliche, solidarische Projekte sollten zusätzlich die demokratischen Entwicklungen in den Entwicklungsländern fördern.

Partei und Fraktion waren ein wesentlicher Motor und wichtiger Teil dieser globalen Kampagnen. Sie gehörten damit sehr früh zu den Kritikern einer Globalisierung, die mit ihren Dogmen der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung und der maximalen Integration der Wirtschaft in den Weltmarkt allenfalls die politischen und wirtschaftlichen Eliten in den Entwicklungsländern stärkten – statt Demokratie, Menschenrechte und soziale Entwicklung zu stützen und zu fördern. Neben der Kritik an IWF und Weltbank erarbeiteten sie vor allem Reformkonzepte für eine andere Weltordnung, für eine andere Finanzmarkt- und Handelspolitik. «Wege in eine solidarische Weltwirtschaft» – das war Ende der

80er Jahre ein programmatisches und zukunftsorientiertes Konzept für eine gerechtere, sozialökologische Weltordnung.

Der Umbau der Industriegesellschaft und eine Neuordnung weltwirtschaftlicher Strukturen wurden dabei eng zusammengedacht mit dem Ziel, für alle Menschen auf dem Planeten eine Zukunft zu schaffen, die auf ökologischen Lebensgrundlagen, Frieden, sozial gerechter Entwicklung, Wahrung der Menschenrechte und Demokratie beruht.

Das war eine bis dahin ziemlich unbekannte Sichtweise auf die Welt. Diese Sichtweise und die Leitideen der Verwobenheit von demokratischen, sozialen und ökologischen Fragen im globalen Maßstab prägen bis heute die Programmatik der Bündnisgrünen und insbesondere die Arbeit der Heinrich-Böll Stiftung, die seit ihrer Gründung 1996 ihr globales Netzwerk ausbaut und mit vielen Partnerinnen weltweit für ein gutes Leben für alle streitet.

Barbara Unmüßig ist seit 2002 Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung und war wissenschaftliche Mitarbeiterin der ersten Bundestagsfraktion der Grünen.

► Literatur:

1 Eine fundierte Analyse der ersten 20 Jahre grüner Außen-, Friedens- und Nord-Süd-Politik findet sich bei: Ludger Volmer (1998), Die Grünen und die Außenpolitik – ein schwieriges Verhältnis, Münster.

a) Petra Kelly und Gabi Gottwald während der Regierungserklärung des frisch gewählten Bundeskanzlers Helmut Kohl am 4. Mai 1983: «Herr Kohl! Unterstützung der USA in Nicaragua heißt Mitschuld am Tod von Albrecht Pflaum!» (Der für den DED tätige Arzt war von Contra-Rebellen ermordet worden.)

b) Plakat zur Bundestagswahl 1980

24



Bild-Kritik

Bildstrecke: Christian Werner,
unter Verwendung von Objekten aus dem Archiv Grünes Gedächtnis
der Heinrich-Böll-Stiftung



In seinem Buch über «Zentrale Nebensächlichkeiten der Demokratie» hat sich Philip Manow mit Applausminuten, Föhnfrisuren und Zehnpunkteplänen im Politikbetrieb befasst. Jetzt richtet sich der spöttische Blick des Bremer Politikwissenschaftlers auf 40 Jahre grüne Kraft und Herrlichkeit.

Ausstieg vorn



Atomausstieg, Kohleausstieg, Dieselausstieg ... Um welches Problem es sich auch handelt, Ausstieg ist mittlerweile offenbar die Lösung der Wahl. Ein FAZ-Leserbriefschreiber empfahl neulich sogar – nicht ganz ohne Häme – angesichts hoher Grundwasserbelastung und dem Elend der Massenterhaltung: den Agrarausstieg. Die Kinder derer, die von den 1950er bis zu den 1970ern mit sozialem Aufstieg beschäftigt waren, propagieren den Ausstieg (und finden, dafür müsse man so manchen Abstieg – etwa in der Oberlausitz – in Kauf nehmen). Wie praktisch, dass dabei gelegentlich offenbleiben kann, wozu man eigentlich einsteigt, wenn man aussteigt.

Politisch war Bewegung schon immer positiv konnotiert: vorwärts (immer, rückwärts nimmer), avanti, Aufbruch, en marche! Das war auch bei den Gründungsgrünen nicht anders – der postideologi-

sche Anspruch lautete, «weder links noch rechts, sondern vorn» zu sein (dazu Mende 2011), was im Rückblick fatal an Schröders «Es gibt keine linke oder rechte Wirtschaftspolitik, sondern nur eine moderne» erinnert. Bewegung ist also gut, noch viel besser ist es, wenn sich gleich die gesamte Gesellschaft bewegt. Das formt sich dann zu sozialen Bewegungen, besser: zu neuen sozialen Bewegungen. Früher war die Aussicht auf individuelles Fortkommen das zentrale politische Versprechen, heute sind die damaligen Aussteiger, deren Bewegung vor allem als langer Marsch durch die Institutionen geplant war, soweit (an)gekommen, dass sie nicht mehr den individuellen Ausstieg aus der Gesellschaft praktizieren müssen, sondern praktischerweise gesamtgesellschaftliche Ausstiege «verschreiben» können.



Philip Manow ist Professor für vergleichende politische Ökonomie an der Universität Bremen. Seine Beobachtungen zur Inszenierung von Politik hat er 2017 unter dem Titel «Die zentralen Nebensächlichkeiten der Demokratie» im Rowohlt Verlag veröffentlicht. Seine aktuellen Bücher sind «Die Politische Ökonomie des Populismus» (2019) und «(Ent-)Demokratisierung der Demokratie» (2020), beide im Suhrkamp Verlag.

Christian Werner ist Fotograf in Berlin. Neben seiner Tätigkeit für nationale und internationale Magazine konzentriert er sich auf Langzeitprojekte, aus denen mehrere Bücher hervorgegangen sind. In «Stilleben BRD» (Kerber Verlag 2016) und «Bonn. Atlantis der BRD» (Matthes und Seitz 2018) beschäftigte er sich mit dem Verschwinden der Bonner Republik. Zuletzt erschien «Everything so democratic and cool» im Blake & Vargas Verlag. www.christianwerner.org

► Literatur:

Mende, Silke (2011), «Nicht rechts, nicht links, sondern vorn»: Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München: Oldenbourg Verlag.

Reichardt, Sven (2014), Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Berlin: Suhrkamp.

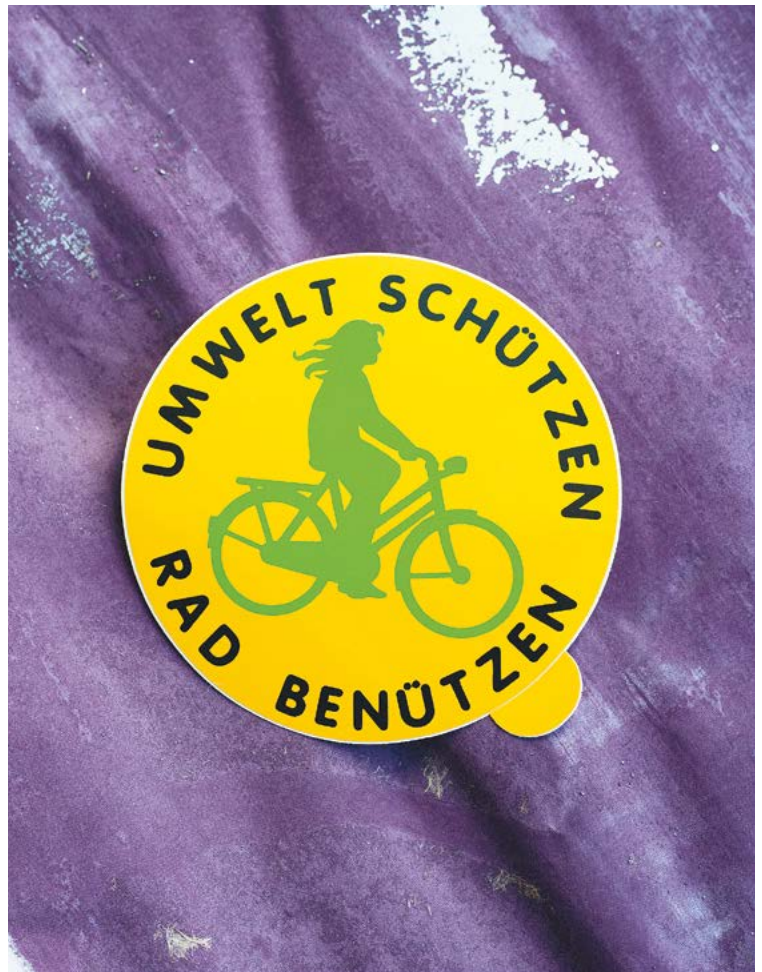
Touboul, Jonathan D. (2019), «The hipster effect: When anti-conformists all look the same», in: Discrete & Continuous Dynamical Systems – B 24/8, S. 4379–4415.

Grün wirkt
Die neue Ess-Klasse.
Sicher für alle.



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
www.gru.de

«Umwelt schützen, Rad benützen»



«Eine Frau ohne Mann ist wie ein Fisch ohne Fahrrad» – das war einer der Frauenbewegungsslogans der 1970er. Die Grünen, vom politischen Gegner mit einer gewissen Börsartigkeit schon mal als «FDP mit Fahrrad» abgekanzelt, waren das perfekte politische Vehikel, um Ökologie und Feminismus voranzubringen. Wie erfolgreich sie damit insgesamt waren, zeigt vielleicht exemplarisch das Bild vom Mann ohne Frau, aber mit Fahrrad. Das Foto entstand übrigens, als der gewichtige Mann auf dem Weg zur «Nacht der Nachhaltigkeit» in einer Kreuzberger Food-Halle war, wo es dann in der Diskussion mit grüner Prominenz unter anderem um den US-Imperialismus auf unseren Tellern ging («Chlorhühnchen»). Auch das wussten die Grünen schon ganz früh: selbst das Essen ist politisch (und mussten es dennoch schmerzhaft am Leib der eigenen Partei erfahren: «a veggie-day keeps the



voter away»). Wie listig, die koalitionspolitische Leimrute – Stichwort «Pizza-Connection» – frühzeitig kulinarisch ausgelegt zu haben. Auch den Erfolg dieser grünen Langfriststrategie belegt übrigens das Bild.

Man kann sich aber keinesfalls auf dem Erreichten ausruhen – so wie ein Fahrrad, das auf der Stelle steht, umfallen würde –, mobilisieren doch nun die Rechtspopulisten gegen «eine Welt aus Radfahrern und Vegetariern, die nur noch auf erneuerbare Energien setzen und gegen jede Form der Religion kämpfen» (so der ehemalige polnische Außenminister Witold Waszczykowski). Also, liebe Freundinnen und Freunde, rauf auf die Fahrräder und dann mit neuer Energie, oder meinethalben auch erneuerbarer Energie (E-Bike?), gegen den politischen Feind geradelt.

More Future



«Wir sind die, die nicht einverstanden sind, die, die dagegen sind. Wir sind die Nonkonformisten!» «Nein, ich bin anders, ich bin nicht so wie ihr – ich bin Konformist! Ich bin dafür.» Auch wenn die Paradoxien des Dagegen-Seins erst vor Kurzem als sogenannter Hipster-Effekt eine gültige wissenschaftliche Formulierung gefunden haben (bei Touboul 2019), waren sie natürlich schon in den 1970er- und 1980er-Jahren gnadenlos am Werk. Das kollektive Distinktionsbemühen entwickelt zwangsläufig seinen eigenen strengen Code. Männer rasieren sich? Na, dann lass ich mir doch, widerständig, wie ich bin, einen Bart stehen – bis Männer überwiegend Bärte tragen, und der Wille nach nonkonformistischen Signalen dazu zwingt, sich zu rasieren. Folglich fächerte sich schon zur Frühzeit der bundesdeutschen Protestbewegung das ostentative Nicht-Einverstanden-Sein nach strengen modischen Regeln auf. Sie betrafen Frisuren wie Bärte, aber auch sonst jedes denk-

bare Kleidungsstück: «Der Hals wurde reich dekoriert: Al-Fatah- bzw. Palästinenser-Tücher für die internationale Solidarität, lila gefärbte Windeln für die Feministinnen, bunt geringelte Wollschals für Ökos oder der Seidenschal für den Dandy wurde später um das leicht transparente und farbenfrohe Halstuch für die gemäßigte Frauenrechtlerin ergänzt» (erinnert Reichardt 2014: 632).

Petra Kellys Lederjacke steht wohl eher für politisches cross-dressing als für den Konformismus im Nonkonformismus: Punk- und Streetfighter-Outfit im Dienste einer ganz sanften Nachricht – Bread not Bombs, als Schlachtruf der Küchenbrigade der Frauen-Arbeits-Gruppe Walldorf. Das ist das grüne Zukunftsversprechen der 1980er: Wenn alle Schwerter zu Pflugscharen geworden sind, kann aus dem No-Future endlich ein More-Future werden.

«Direkt #umschalten»

Als Politischer Geschäftsführer organisiert Michael Kellner seit vielen Jahren die Parteitage und Wahlkämpfe der Grünen. Im Gegensatz zu früher muss die Partei heute auch Menschen über ihre Kernklientel hinaus ansprechen. Aber was bedeutet das?

Interview: Paul Wrusch

Herr Kellner, was ist Ihr liebstes Grünen-Plakat aus der 40-jährigen Geschichte der Partei?

Eins meiner Lieblingsplakate ist aus dem letzten Europa Wahlkampf: «Klimaschutz kennt keine Grenzen». Bebildert ist es mit einem Gartenrotschwänzchen, ein zwar kleiner Singvogel, der aber jedes Jahr tausende Kilometer in seine Überwinterungsgebiete südlich der Sahara zieht.

Was hat sich in 40 Jahren beim Wahlkampf der Grünen am stärksten verändert?

Wir sprechen heute viel mehr Menschen an als noch vor einigen Jahren. Wir versuchen über 20 Prozent der Bevölkerung von unseren Positionen zu überzeugen, dafür müssen wir Menschen weit über unsere Kernklientel hinaus erreichen. Und natürlich setzen wir im Wahlkampf dabei auch mehr auf Personalisierung als früher.

Was hat es denn für Konsequenzen, dass die Grünen nicht mehr nur Nischen erreichen wollen? Müssen sie weniger radikal in den Wahlkampf ziehen als früher?

Wir müssen vor allem klar und verständlich kommunizieren. Das heißt nicht, dass wir nicht mehr zuspitzen sollen. Unsere Ecken und Kanten wollen wir behalten, sie zeichnen uns aus. Es bleibt dabei: Wir wollen was verändern, aber: Radikal ist das neue Realistisch. Das war in den Anfangsjahren der Grünen sicherlich anders.

Wo früher markige Sprüche neben der Sonnenblume standen, sieht man heute meist Köpfe auf den Plakaten. Sind Köpfe für die Grünen wichtiger geworden als Inhalte?

Nein. Der Unterschied ist jedoch, dass wir heute um Platz 1 kämpfen, um Bürgermeisterinnen- und Ministerpräsidentenposten. Da bleiben die Themen wichtig, man muss sie jedoch mit Personen verbinden.

Konnte man mit Plakaten früher einfacher Wählerinnen und Wähler erreichen als heute?

Plakate bleiben das urdemokratischste Medium, weil sie alle erreichen. Digitalisierung heißt für die Wahlkampfleitung vor allem: Es wird noch zielgruppenspezifischer kommuniziert. Wir haben ja überall die gleichen Botschaften, aber die Formate, mit denen wir unsere Botschaft setzen, passen wir je nach Kanal an.

Vor Wahlen hat man im Osten das Gefühl, die etablierten Parteien hätten ganze Landstriche vergessen. Keine Plakate, keine Wahlkampfauftritte.

Ich habe selbst lange in Brandenburg Politik gemacht und weiß, wie schwierig es ist, Wahlkampfhelfer*innen zu finden. Mich nervt es auch total, wenn da überall nur Plakate von Rechtsextremen hängen. Deswegen haben wir uns 2019 stark auf die ostdeutschen Landtagswahlen konzentriert. Parteifreund*innen aus anderen Landesverbänden haben Wahlkampffurlaub gemacht oder für Plakate gespendet. Das war sehr wichtig.

Als Partei muss man stets auf aktuelle Krisen reagieren, derzeit etwa auf Corona. Wie funktioniert politische Kommunikation in der Corona-Zeit?

Politik ist noch aufwendiger geworden. Man muss noch mehr kommunizieren. Ich bin froh, dass wir als Partei schon vorher vieles digitalisiert hatten. So konnten wir direkt #umschalten, etwa



mit Online-Veranstaltungen auf Sendung gehen und den ersten bundesweiten digitalen Parteitag organisieren.

Sie sind seit 2013 politischer Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter. Was war Ihr größter Erfolg?

Die Europawahl 2019, als wir 20 Prozent erreicht haben. Es war ein toller Wahlkampf mit guter Stimmung – wir haben auf die richtigen Themen gesetzt und wurden belohnt.

Was war Ihr größter Misserfolg?

Meine größte Enttäuschung war schon die Bundestagswahl 2017. Wir haben hart und leidenschaftlich gekämpft. Am Ende haben wir unser Ziel, ein zweistelliges Ergebnis zu bekommen, nicht erreicht und wir waren wieder die kleinste Fraktion im Bundestag.

2013 wurde der Wahlkampf durch die Diskussion um Veggieday und die Pädophilie-Debatte gewissermaßen torpediert. Wie kann man als Wahlkampfmanager auf solche Dinge reagieren?

Verhindern kann man das nicht. Das Wichtigste ist: Kommunikation, Kommunikation, Kommunikation. Und versuchen, einen kühlen Kopf zu bewahren. Aber es ist verdammt schwierig, den Kopf oben zu behalten, wenn man sich mitten in einem Shitstorm befindet.

Michael Kellner ist seit 2013 Politischer Bundesgeschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen.

Paul Wrusch ist Redakteur der Tageszeitung taz.

Bein' Green

Playlist: Jens Balzer



Nur die besten Hits aus fünf Jahrzehnten: Die ultimative Playlist der Umweltbewegung

1968 Alexandra: Mein Freund der Baum

Das Gründungsdokument aller Öko-Songs: Die große Alexandra besingt in besonders sehnsüchtig barmendem Alt den Schmerz, der sie beim Anblick eines gefällten Baumes ereilt.

1970 Kermit the Frog: Bein' Green

Der erste Hit des melancholischen Softies, der später zum Anchor Frog der Muppet Show wurde. «It's not easy Bein' green», befindet er, aber andererseits: «green is the color of spring».

1970 Joni Mitchell: Big Yellow Taxi

«Sie planierten das Paradies und bauten einen Parkplatz darüber»: Joni Mitchell klagt über die Zerstörungskraft der Zivilisation und mahnt die Farmer zum Verzicht auf Pflanzenschutzmittel.

1971 Marvin Gaye: Mercy Mercy Me (The Ecology)

Luftverschmutzung, Ölpest, sterbende Fische: Auf seinem epochalen Emanzipationsalbum «What's Going On» wendet sich der große Soulsänger Marvin Gaye auch der Umweltzerstörung zu.

1972 Juliane Werding: Der letzte Kranich vom Angerburger Moor

Der erste deutsche Öko-Song von der Joni Mitchell des Schlagers: Ein großer stolzer Vogel zieht einsam seine Kreise über einen von «Öl und Teer» verschmutzten See.

1973 The Wombles: Wombling Song

Diese musizierenden Plüschratten aus Wimbledon bastelten alles, was sie zum Leben brauchten, aus weggeworfenen Dingen und führten damit das Recycling in die Popkultur ein.

1974 Reinhard Mey: Es gibt keine Maikäfer mehr

«Würd' ich noch einmal loszieh'n / Blieb mein Schuhkarton wohl leer»: 45 Jahre, bevor sich die Sorge um die Bienen verbreitet, besingt Reinhard Mey das beginnende Insektensterben.

1981 BAP: Müsli-Män

«Lange blonde Hoor, bläcke Fööß met nur Sandale draan»: Ein Jahr nach Gründung der Grünen ist ihr Lifestyle in der Mitte der Gesellschaft angekommen, er ist leider beklagenswert scheußlich.

1983 Gänsehaut: Karl der Käfer

Das «Mein Freund der Baum» der Achtziger: Karl der Käfer wird zwar nicht getötet, aber im Zuge eines Planierungsprojekts «einfach fortgejagt»; nun krabbelt er einer ungewissen Zukunft entgegen.

1986 Nina Hagen & Lene Lovich: Don't Kill the Animals

Neben «Meat Is Murder» von The Smiths der zweite große Vegetarismus-Song der Achtziger, mit gebotener Dringlichkeit intoniert von den Punk-Diven Nina Hagen und Lene Lovich.

1989 Lou Reed: Last Great American Whale

Der große Mythenschöpfer Lou Reed fasst in einem seiner düstersten Songs die Zerstörung der Welt und die Ignoranz der Menschen in erhabene, verstörende, eschatologische Bilder.

VERSION-1991

Kraftwerk:
Radio-Aktivität

Im Original aus dem Jahr 1975 priesen die Technofuturisten aus Düsseldorf noch das utopische Potenzial der Radioaktivität; in der 1991er Version warnen sie vor «Strahlentod und Mutation».

2015 Anohni: 4 Degrees

Der erste und weiterhin beste Song zur Klimakrise. Die große Transgender-Künstlerin Anohni singt als frohlockender Satan über die sterbende Welt: Nur vier Grad mehr, und alles wird brennen!

2019 Die Ärzte: Abschied

Die großen Punk-Satiriker Die Ärzte freuen sich über die Chancen, die der baldige Kollaps der Zivilisation bietet: «Los komm, wir sterben endlich aus / Denn das ist besser für die Welt»

1970 Bonus: Joni Mitchell / James Taylor / Phil Ochs: Amchitka – The 1970 Concert That Launched Greenpeace

Mit diesem Benefizkonzert im Oktober 1970 in Vancouver beschafften Mitchell, Taylor und Ochs das Geld für die erste Greenpeace-Aktion gegen US-Atomwaffentests in Amchitka, Alaska.

Jens Balzer ist Autor und Kolumnist u.a. für *Die Zeit*, *Rolling Stone*, den *Deutschlandfunk* und *radioeins*. In einem böll.fokus-Podcast hat er sein aktuelles Buch «Pop und Populismus: Über Verantwortung in der Musik» vorgestellt: www.boell.de/de/media/soundcloud/pop-und-populismus-ueber-verantwortung-der-musik-boellfokus

Text: Annett Gröschner

Feminismus und Ökologie zusammendenken

Ist Feminismus ein Eliteprojekt von gut ausgebildeten Frauen bürgerlicher Herkunft? Oder ein Projekt zur Verbesserung der Lebensbedingungen aller, nicht nur der Frauen? Genau danach fragt jetzt (auch) eine neue junge Generation

**Feminismus ist nicht fun
er ist komplex und er
kotzt die Leute an
Er ist nicht cool und
seine Themen sind alt:
Ausbeutung, Sexismus,
strukturelle Gewalt**

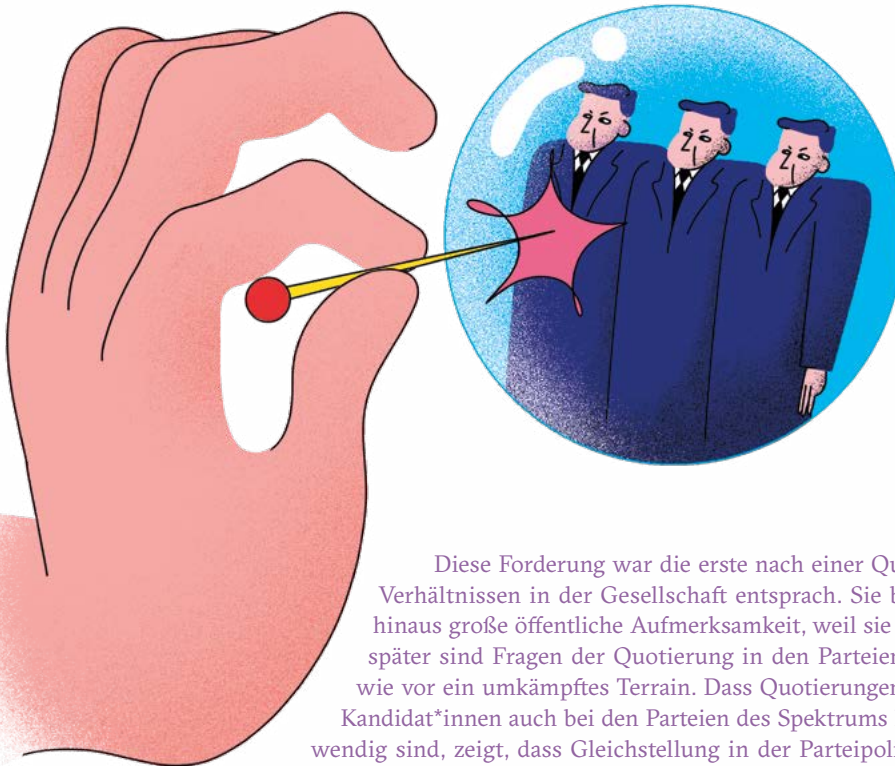
Christiane Rösinger, Feminista, Baby,
Deutsches Theater, 2017

Die grüne Geschichte ist ohne die Frauenbewegung und den Feminismus nicht denkbar, auch wenn das Verhältnis nicht immer konfliktfrei war und ist. Nicht alle Frauen bei den Grünen, und bei Bündnis 90 schon gar nicht, waren und sind Feministinnen, nicht alle Männer keine. Auch gab und gibt es unter den Feminist*innen unterschiedliche Strömungen, die sich im Laufe der 1980er immer stärker ausdifferenzierten. Heute spricht man längst nicht mehr nur von einem Feminismus, sondern von Feminismus im Plural, auch wenn über die Jahrzehnte immer wieder versucht wurde, ihn als «monolithische Einheit» zu konstituieren.

Zu Beginn der zweiten Frauenbewegung Anfang der 1970er-Jahre ging es vor allem um eine Abgrenzung gegenüber der männlich geprägten Herrschaftskultur und gegenüber jenen infolge der Studentenbewegung gegründeten linken Gruppen, für die Gleichberechtigung von Frauen nur ein Nebenwiderspruch war.

Ende der 1970er-Jahre waren Teile der autonomen Frauenbewegung einer politischen und institutionellen Arbeit nicht mehr abgeneigt, und es gab heftige Diskussionen innerhalb der Bewegung, in welcher Form diese politische Beteiligung stattfinden sollte. So kamen etliche der Feministinnen Ende der 1970er-Jahre über die Alternativszene der Großstädte zu den Grünen, wo sie mit dem konservativen Flügel der Partei und den mehr der Ökologie als dem Feminismus zugewandten Frauen aneinander gerieten, u.a. in Fragen des Kampfes gegen den §218, der konstituierend war für die feministische Bewegung.

In Westberlin, mit seiner geografischen und politischen Besonderheit, gab es 1978 in Vorbereitung für die Bildung einer Alternativen Liste (AL), die zu den Wahlen im März 1979 erstmalig antreten sollte (und nach der Wiedervereinigung in Bündnis 90/Die Grünen aufging), ein sogenanntes Weiberplenum. Es forderte eine Frauenquote von 53 Prozent, die dem damaligen Frauenanteil an der Berliner Bevölkerung entsprach.



Diese Forderung war die erste nach einer Quotierung, die den realen Verhältnissen in der Gesellschaft entsprach. Sie bekam auch über die AL hinaus große öffentliche Aufmerksamkeit, weil sie als radikal galt. 40 Jahre später sind Fragen der Quotierung in den Parteien und Parlamenten nach wie vor ein umkämpftes Terrain. Dass Quotierungen bei der Aufstellung der Kandidat*innen auch bei den Parteien des Spektrums links der Mitte noch notwendig sind, zeigt, dass Gleichstellung in der Parteipolitik (und nicht nur dort) immer noch nicht selbstverständlich ist. In letzter Zeit ist vor allem die Parität in den Parlamenten eine parteienübergreifende und nicht nur von Frauen eingebrachte Forderung, denn im Bundestag und in den Länderparlamenten entspricht der Anteil der Frauen nicht ihrem zahlenmäßigen Anteil in der Gesellschaft, im Bundestag ist die Tendenz sogar abnehmend.

Bei den Grünen kam es um 1983/84 zu einer stärkeren frauenpolitischen Profilierung, was sich auch in der parlamentarischen Arbeit im Bundestag niederschlug. Hier ging es unter anderem darum, Gesetze abzuschaffen oder zu modifizieren, die Frauen benachteiligten. Unvergesslich ist die Szene im Bundestag 1983, als Petra Kelly bei einer Aussprache in die Abgeordnetenrunde fragt, wer dafür sei, dass Vergewaltigung in der Ehe in das Strafgesetzbuch kommt – und als Antwort ein höhnisches Lachen und Klopfen der Männer der FDP erhält. Erst im Juli 1997 kam es im Bundestag zur Verabschiedung dieses Gesetzes, das zahlreiche noch heute einflussreiche konservative Politiker*innen ablehnten.

Innerhalb der Grünen schieden sich in den 1980er Jahren die feministischen Geister. Die radikalfeministischen Frauen gingen mit ihren Forderungen an die Wurzeln des als patriarchal definierten Kapitalismus, den es abzuschaffen galt, den gemäßigeren eher um die Gleichstellung in der zu reformierenden Gesellschaft. Auch gab es eine starke Mütterbewegung innerhalb der Partei, die einen Differenzfeminismus dem Gleichheitsfeminismus vorzog. Frühe Forderungen nach der Aufhebung geschlechterhierarchischer Arbeitsteilung und der Neustrukturierung des Verhältnisses von Produktions- und Reproduktionsarbeit sind bis heute nicht überholt, auch wenn Reproduktionsarbeit inzwischen Carearbeit genannt wird. In der gegenwärtigen Coronakrise ist dieses nach wie vor bestehende Missverhältnis noch einmal in aller Deutlichkeit hervorgetreten. Waltraud Schoppes frühes Diktum, dass die Wirtschaftsordnung nur existenzfähig ist durch die kostenlose Frauenarbeit, ist bis heute aktuell, es hat sich nur krisenbedingt in Richtung schlecht bezahlte Dienstleistungsarbeit verschoben, denn ein Gehalt reicht in den meisten Familien längst nicht mehr aus zum Leben.

Die Frage, ob mit der Abschaffung des Kapitalismus auch das Patriarchat verschwinde, erledigte sich spätestens mit der Wiedervereinigung, herrschten doch in der DDR vergleichbare patriarchale Strukturen, auch wenn es einige fortschrittlichere Gesetze gab, wie die Fristenlösung, die bessere rechtliche Absicherung Alleinerziehender und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Es hätte der gemeinsamen Bundesrepublik gut zu Gesicht gestanden, die Gesetze zur Gleichstellung in Ost und West zu vereinheitlichen, anstatt die des Ostens abzuschaffen, nur standen die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse dagegen.

Bei der Bundestagswahl 1990 scheiterten die westdeutschen Grünen mit 4,8 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde. Bündnis 90 bekam als Listenvereinigung im Osten 6 Prozent und zog aufgrund einer Sonderregelung ins Parlament ein. 1993 kam es zum Zusammenschluss von Bündnis 90 und den Grünen. Gern vergessen wird, dass zusammen mit Bündnis 90 auch der 1989 in der Wendezeit gegründete Unabhängige Frauenverband der DDR mit einer Abgeordneten, Christina Schenk, heute Christian Schenk, in den Bundestag einzog. Später war Schenk als parteilose*r Abgeordnete*r Mitglied der Fraktion der PDS im Bundestag. Seiner Arbeit sind For-

«Inzwischen gibt es eine neue Welle des Feminismus, diverser, was unter anderem heißt: geschlechterfluider und intersektionaler.»

derungen u.a. nach Diskriminierungsverboten für Homosexuelle und Behinderte zu verdanken, die in einer neuen Verfassung zu verankern leider nicht gelang, sondern die erst in jahrzehntelanger parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit durchgesetzt wurden.

Nichtsdestotrotz ist in den letzten 30 Jahren einiges an gesetzlicher Gleichstellung erreicht worden. Viele Gesetze, zum Teil noch aus der Kaiserzeit, wurden

in den letzten 30 Jahren aus den Gesetzbüchern getilgt oder modifiziert. Was nach wie vor Bestand hat, ist neben den §218 und 219 das Ehegattensplitting – die staatliche Subventionierung der «Hausfrauenehe». Gelegenheiten, es abzuschaffen, z. B. in der rot-grünen Regierungszeit, wurden versäumt.

Ende der 1990er-Jahre zerfaserte die zweite Frauenbewegung an ihren Enden. Aus Frauenpolitik wurde Gleichstellungspolitik. Inzwischen gibt es eine neue Welle des Feminismus, diverser, was unter anderem heißt: geschlechterfluider und intersektionaler. Die Geschlechterforschung erweitert seit fast drei Jahrzehnten das Gebiet der Frauenforschung erheblich, indem sie, wie Christina von Braun es formuliert, «auch andere sozial wirksame Differenzen (wie Ethnizität, Klasse, Bildung, Alter, Gesundheit usw.)» in die Betrachtungen einbezieht.

Inzwischen kommen die wenigsten öffentlichen Institutionen mit der Marginalisierung von Frauen mehr durch. Wenn Innenminister Seehofer mit seinen durchweg weißen männlichen Staatssekretären posiert, dann fällt auf, dass so ein Bild die gegenwärtige Gesellschaft auf keine Weise mehr repräsentiert. Eine 50-Prozent-Bewegung fragt nach einer ausgeglichenen Zahl von Frauen auf Podien, in Talkshows, Parteien und Aufsichtsräten, es gibt Pro-Quote-Bewegungen. Die Frage ist immer, wie schnell sich etwas ändert und wieviel nur Kosmetik ist, die die verfestigten Strukturen unverändert lässt. Ob Gender oder Feminismus – die Errungenschaften der Frauenbewegung sind durch das Erstarken rechtskonservativer und nationalistischer Kräfte nicht nur in Deutschland, sondern in allen Demokratien bedroht. Ihr Ziel ist, gesellschaftliche Zustände wieder zu etablieren, die durch die sozialen Bewegungen seit 1968 infrage gestellt und mit langem Atem abgeschafft wurden.

Anlässlich 100 Jahre Frauenwahlrecht hat Antje Schrupp in der Wochenzeitung *Der Freitag* angemerkt, dass die feministische Bewegung viel zu verlieren hat, wenn sie sich nicht auf die Systemfrage besinnt, egal ob innerhalb oder außerhalb von Parteien. «Die meisten Feministinnen dachten allerdings schon immer weiter als bloß bis zur Gleichheit mit den Männern. Sie stellten die Systemfrage. Sie pochen darauf, dass es kein sinnvolles politisches Ziel ist, Frauen und Männer innerhalb einer strukturell ungerechten Welt gleichzustellen. Sie weisen darauf hin, dass der Abstand zwischen Reichen und Armen nicht weniger schlimm wird, wenn sich beides fifty-fifty zwischen Frauen und Männern verteilt, und dass die Abwertung von Care-Arbeit immer Schaden anrichtet, auch wenn mehr Männer sie erledigen. Und diesen Feministinnen ist natürlich auch klar, dass eine Frau als Präsidentin nichts bringt, wenn sie nur ihren männlichen Vorgängern nacheifert.»

In der Gegenwart bleibt eine zentrale Frage: Bedeutet Feminismus ein Eliteprojekt von gut ausgebildeten Frauen bürgerlicher Herkunft, die den gleichen Zugang zu den Machthebeln in Wirtschaft und Politik haben wollen und nur durch die Tatsache, dass in ihrer Geburtsurkunde weiblich steht, daran gehindert werden, durch die gläserne Decke zu stoßen? Oder ist Feminismus ein Projekt zur Verbesserung der Lebensbedingungen aller, nicht nur der Frauen? Genau danach fragt auch eine neue junge Generation, die Feminismus und Ökologie im Hinblick auf die Zukunft des Planeten zusammendenkt, ohne unbedingt Mitglied einer Partei sein zu wollen.

Annett Gröschner ist Schriftstellerin, Journalistin und Dozentin. Sie war 1989/90 Mitbegründerin des Unabhängigen Frauenverbandes der DDR und der Frauenzeitschrift *Ypsilon*. 2018 veröffentlichte sie das Buch «Berolinas zornige Töchter. 50 Jahre Berliner Frauenbewegung», zuletzt erschien im März «Berliner Bürger*stuben. Palimpseste und Erzählungen».

Kann Ungarn anders werden?

Text: Gergely Márton und András Földes

Der Grüne Gergely Karácsony steht als Oberbürgermeister an der Spitze der Hauptstadt Budapest. Auch in anderen Städten des Landes haben Oppositionelle den wichtigsten politischen Posten erobert. Viktor Orbán und seine Fidesz nutzten die Corona-Pandemie sofort, um ein Ermächtigungsgesetz durchs Parlament zu peitschen. Auch wenn es schwer wird: Gergely Karácsony hat jetzt die Gelegenheit, sich zu beweisen – mit einer Strahlkraft über Ungarn hinaus.

Jetzt ist in Budapest jeden Tag Weihnachten, scherzen die Menschen in der ungarischen Hauptstadt – ein gut gelauntes Wortspiel nach der politischen Achterbahnfahrt der beiden Ökoparteien des Landes, die im vergangenen Jahr zu dem bisher größten Erfolg führte: Im Herbst 2019 gewann Gergely Karácsony (zu deutsch: Weihnachten) von der grünen Partei Párbeszéd die Oberbürgermeisterwahl in Budapest. Wie war das möglich? Wie konnte ein Grüner in dem System Viktor Orbán einen solchen Sieg erringen? Und vor allem: Wie kann er nun seine Macht halten und als grüner Politiker überzeugen?

Ein Blick zurück: Als die erste seriöse grüne Partei, die LMP, im Jahr 2009 gegründet wurde und das Land sich auf die Parlamentswahlen 2010 vorbereitete, steckte Ungarn in einer tiefen weltwirtschaftlichen Krise. Die damalige Regierung stellten unfähige und korrupte Sozialisten und Liberale, die durch eine Lügenaffäre des Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány auch noch moralisch untragbar waren. Aus der Opposition trieb Viktor Orbán und seine rechtsnationale Fidesz-Partei die Regierung vor sich her, verweigerte jede Mithilfe, um die wirtschaftlichen Probleme zu mildern, damit er bei der Wahl noch stärker abschneidet.



Nachdem der Bürgermeisterkandidat der Josephstadt, András Piko, von Fidesz und der Regierungspresse mit falschen Anschuldigungen angegriffen wurde, kommt es zu einer Solidaritätsdemo der vereinten Opposition: Oberbürgermeisterkandidat Gergely Karácsony (links) mit András Piko.

Die Abkürzung LMP (Lehet Más a Politika) steht für das Versprechen «Politik kann anders werden» – vor allem fairer, grüner, weiblicher und jünger. So war es folgerichtig, dass die erste Ökopartei, angeführt von dem strengen Juristen András Schiffer und seinem Wahlkampfmanager Gergely Karácsony, nichts mit Sozialisten und Liberalen, aber auch nichts mit der rechtsnationalen Fidesz zu tun haben wollte. «Nach langen Vorgesprächen hatte sich gezeigt, dass wir eine grüne, linksliberale Partei wollten», sagt Ada Ámon, Gründungsmitglied der LMP, gegenwärtig energiepolitische Sachverständige im Budapester Rathaus. «Es war der Grundsatz des Parteivorsitzenden András Schiffer, mit keiner anderen Partei ein Bündnis einzugehen.»

Die Rechnung ging auf. Im Jahr 2010 wählten viele, die von den Sozialisten angewidert waren, aber auch Orbán nicht zurückhaben wollten, die Grünen. Mit 7,5 Prozent der Stimmen zogen sie ins ungarische Parlament. Am Wahlabend sahen die Ungarn eine fröhliche Truppe feiern. Bei den anderen Parteien waren die Männer alle in Krawatte, die wenigen Frauen in Kostümen. Bei LMP war alles irgendwie ziviler, bunter, gemischter. «Die Aktivisten und besten Leute der grünen NROs sind Politiker geworden. Aus den ehemaligen Greenpeace-Mitgliedern wurden Parlamentsabgeordnete», erinnert sich Ámon. Und Karácsony, der selber ein Mandat gewann, hebt hervor: «Mit LMP hielt auch das grüne Gedankengut, das in anderen Ländern der EU bereits in den Parlamenten vertreten war, Einzug ins ungarische Parlament».

Die grüne Partei zerbrach an einer nahezu unlösbaren Frage

Es wäre eine andere Geschichte geworden, wenn Viktor Orbán nicht gleichzeitig die Zweidrittel-Mehrheit geholt und sich gleich eine neue, nur seiner Partei dienliche Verfassung gebastelt hätte. Für die Ökopartei stellte sich schnell die Frage, ob sie an ihrem Vorsatz festhalten sollte oder ob der Abbau des Rechtsstaates die LMP nicht geradezu dazu verpflichtete, sich gegen Fidesz mit den anderen Oppositionsparteien zu verbünden. Aber das hieß ja, sich mit dem verhassten Premier Gyurcsány einzulassen. Vor allem: Kann Politik «anders werden» mit denen, die nach Überzeugung der Grünen das Land schon einmal verraten haben? Ein nahezu unlösbarer Konflikt, einer, an dem diese Partei schon drei Jahre nach ihrem Einzug ins Parlament zerbrach.

Schiffer weigerte sich zu koalieren, nur damit Orbán abgewählt und so möglicherweise den Sozialisten der Weg freigemacht würde. Die Jüngeren um Gergely Karácsony und Tímea Szabó aber wollten den Regierungswechsel erzwingen und gründeten die Partei Párbeszéd (deutsch: Dialog). Wieder war der Name Programm: Nicht allein, sondern gemeinsam mit den Oppositionsparteien wollten sie den Kampf gegen Orbán aufnehmen. Viele Gründungsmitglieder der LMP sahen ihre Ideale geopfert, die sie einmal in die Parteipolitik geführt hatten, und stiegen angewidert aus. Langsam sahen die ungarischen Grünen weniger bunt, dafür immer mehr nach Berufspolitiker/innen aus.

Der frühere Europa-Abgeordnete Benedek Jávor war einer der führenden Köpfe, die den sturen Schiffer und die restliche LMP zurückließ. «Es hatte sich einfach abgezeichnet, dass es im System Orbán ungünstig ist, Politik aus dem Elfenbeinturm zu betreiben. Wir brauchten eine Zusammenarbeit, auch, um grüne Politik zu machen», so erinnert er sich heute an die Beweggründe. In den folgenden Jahren versuchte Párbeszéd in verschiedenen Konstellationen, Orbán aus der Macht zu drängen. Aber der Spagat, zivile Bewegungen und neue, unverbrauchte Parteien mit den traditionellen Linken zu verbünden, wollte nicht gelingen. Die teils aus der

kommunistischen Einheitspartei stammenden alten Kader verstanden, wie man Machtspiele gegen die Jungen gewinnt. Und wie man Wahlen verliert. Im Jahr 2014 glaubten die Sozialisten, dass der Sieg nahe sei, und tricksten ihre Verbündeten bei den Vorgesprächen aus. Dann kam die Klatsche. Vier Jahre später wollten sie sich eine neue Niederlage ersparen und schoben Karácsony als ihren Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten in die erste Reihe. Párbeszéd verfehlte in diesen Bündnissen sogar das Minimalziel, genügend Mandate für eine eigene Fraktion zu gewinnen.

Orbáns Regime wurde immer autokratischer

Während Párbeszéd eine unglückliche Figur an der Seite der Sozialisten machte, funktionierte Schiffers Kurs noch eine Weile ganz gut. Die LMP bot vielen Bürgern bei den Wahlen im Jahr 2014 und 2018 die Möglichkeit, keines der beiden Lager zu unterstützen, und schaffte so zweimal den Wiedereinzug ins Parlament. Aber im Plenarsaal und im Land verschärfte sich die Lage zunehmend: Orbáns Regime wurde immer autokratischer. 2018 benutzte die Regierung den Rechnungshof (geführt von einem früheren Fidesz-Abgeordneten), um die Opposition finanziell verdursten zu lassen. Eine straff organisierte Regierungspresse machte unliebsame Politiker nieder: Einer von ihnen wurde in den Blättern als schwul und islamistisch bezeichnet, ein anderer der häuslichen Gewalt und der Maffia-Kontakte bezichtigt. Das Prinzip, Abstand zu halten, wurde für die LMP unhaltbar. Weggefeht wurde ihre Politik aber erst durch die Proteste gegen das sogenannte Sklavengesetz im Dezember 2018 – eine Änderung der Überstundenregelung zu Gunsten der Arbeitgeber. Die ungarischen Grünen bekamen auf der Straße zu spüren, dass die unzufriedenen Bürger eine vereinte Opposition wollten, um endlich eine Chance gegen Fidesz zu haben. Der Inhalt zählte dabei immer weniger.

Bis 2019 veränderte sich diese Lage wenig. Knapp die Hälfte des ungarischen Wahlvolkes ist mit Orbán zufrieden, die andere Hälfte will ihn unbedingt loswerden und hat sogar eine sehr dünne Mehrheit. Im zehnten Jahr von Orbáns Regentschaft sind sie völlig ideologiefrei geworden. Sie sind bereit für jede und jeden zu stimmen, die oder der einen Regierungswechsel ermöglicht. Auch für Jobbik, wenn es sein muss. Die nur halbherzig gezähmten Rechtsradikalen sind das größte Glaubwürdigkeitsproblem für Karácsony und seine Párbeszéd. Darf man sich von denen dulden lassen? Andererseits: Es gibt kaum finanzielle Mittel, geeignete Kandidaten und genügend Aktivisten, um mit den anderen Parteien weiter zu konkurrieren. So traten die Oppositionsparteien bei den Kommunalwahlen im Herbst 2019 gemeinsam an. Jede Partei bekam am grünen Tisch einige Städte zugesprochen, in denen sie den Bürgermeisterkandidaten stellten und Wahlkampf führten und finanzierten. Dafür überließen sie in anderen Städten anderen den Vortritt.



Demonstration in Budapest gegen die Ausgrenzung der Roma im Februar 2020.

Klimaprotest von Fridays for Future und Extinction Rebellion in Budapest.

Pride Festival in Budapest.



«Auch in Ungarn gab es während des Wahlkampfes Fridays-for-Future-Demonstrationen, wichtiger war aber das Verlangen der regimekritischen Bürgerinnen und Bürger, ein Zeichen gegen Orbán zu setzen. Sich zu beweisen, dass Budapest immer noch offen, liberal und auch grün denkt.»



«Es bleibt der Opposition aber eine letzte Hoffnung: Ihre Bürgermeister haben die Möglichkeit zu zeigen, dass Politiker/innen anders kommunizieren können als der autokratische Staat. Politiker/innen, die die Bürger als Partner sehen und sie auch so behandeln.»

In Budapest entschieden sich die Parteien für eine Vorwahl nach amerikanischem Vorbild, um ihren Kandidaten zu bestimmen. Párbeszéd profitierte von dem beliebten Karácsony. Er gewann in der ersten Runde gegen den Kandidaten der Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP), in der zweiten Runde gegen die Kandidatin der Demokratischen Koalition (DK), der neuen Partei des Problemkindes Gyurcsány, und gegen den Mann der Jungliberalen von der Momentum-Bewegung. Karácsony wurde zum Kandidaten fürs Oberbürgermeisteramt bestimmt. Kann man aber einen grünen Wahlkampf führen, wenn unter den Unterstützer/innen Rechtsradikale und Altkommunisten sind? Wie sich herausstellte, man kann es zumindest versuchen.

Pact of free Cities: Starke Städte als Bündnis für die Freiheit

«Die Themen der Kampagne ergaben sich aus Karácsonys Persönlichkeit. Er war ein grüner und sozial sensibler Politiker. Es war logisch, dass wir unseren Wahlkampf darauf aufbauen würden», erzählt sein Berater Samu Balogh. Auch in Ungarn gab es während des Wahlkampfes Fridays-for-Future-Demonstrationen, wichtiger war aber das Verlangen der regimekritischen Bürger, ein Zeichen gegen Orbán zu setzen. Sich zu beweisen, dass Budapest immer noch offen, liberal und auch grün denkt. Das war Karácsonys Chance. Geholfen hat, dass er umgänglich und offen ist, einer, der Rad und U-Bahn fährt, und im Gegensatz zum Ministerpräsidenten nicht eitel wirkt. Ein Zuhörer, der den Ausgleich sucht, und kein Machtbesessener, der nur Befehle gibt.

«Das Grundnarrativ des Wahlkampfes war: Wir wollen die Freiheit wiedererlangen», sagt Karácsony. «Während die Regierung auf extreme Machtkonzentration und Zentralisierung setzt, betonen wir, so wie Istanbul, Prag oder Warschau, die Bedeutung der partizipativen Demokratie. Wir wollten den Menschen zeigen, dass eine starke Stadt ein Gegenpol zur überstarken Machtausdehnung sein kann.» Entsprechend beauftragte Karácsony nach dem Sieg seinen Parteigenossen Benedek Jávor, die Beziehungen zu grün regierten europäischen Städten, insbesondere auch zu den Hauptstädten der Visegrad-Staaten, auszubauen. Der Pact of free Cities bündelt jetzt Städte, die von sehr unterschiedlichen Parteien angeführt werden, «doch in Umweltfragen und bei der Beurteilung des Klimawandels die gleichen Interessen haben», betont Jávor.

Durch Karácsonys Sieg kann Párbeszéd möglicherweise auch die Richtung vorgeben, mit welchem Programm eine vereinigte Opposition in die Parlamentswahlen 2022 geht. Das Modell Budapest soll Schule machen, hier soll man in zwei Jahren spüren können, dass es sich transparent, solidarisch und tolerant besser lebt. Neue grüne Flächen und eine kulturelle Öffnung sollen den Bürgern das Gefühl geben: Ungarn kann anders werden. Die Regierung spürt,

dass diese Strategie aufgehen könnte. Sollte auch noch eine Einheitsliste der Oppositionsparteien zustande kommen, wäre das der Super-GAU für Fidesz.

Kaum hatte die Corona-Pandemie Ungarn erfasst, brachte Orbáns Partei ein Ermächtigungsgesetz durchs Parlament, das die Machtverhältnisse verschiebt. Die Regierung kann Gesetze umgehen und die Befugnisse der Bürgermeister beschränken. Nicht nur Karácsony, auch viele weitere Kandidaten der Opposition gewannen wichtige Städte des Landes und wurden so zum Machtfaktor. Mit der scheinheiligen Begründung, die Lasten teilen zu müssen, wurden die Steuereinnahmen der Kommunen gekürzt, die Finanzierung der Parteien halbiert und gleichzeitig die Aufgabe der Bürgermeister um die Betreuung der Alten ergänzt. Damit können sie kaum noch Akzente setzen. Für die geplanten Programme wird das Geld fehlen. Und dann schiebt Orbán auch noch unliebsame Entscheidungen im Zusammenhang mit der Pandemie an die Bürgermeister weiter. Sie sollen diejenigen sein, die die Bürgerinnen und Bürger beschränken.

Zynisch wie immer, nutzt Orbán die Gunst der Stunde. Es bleibt der Opposition aber eine letzte Hoffnung: Ihre Bürgermeister haben die Möglichkeit zu zeigen, dass Politiker/innen anders kommunizieren können als der autokratische Staat. Politiker/innen, die die Bürger als Partner sehen und sie auch so behandeln. Allen voran hat Karácsony jetzt die Möglichkeit, sich zu beweisen. Nicht mit teuren Projekten, sondern mit Worten und Gesten. Mit einer Strahlkraft über Ungarn hinaus. Benedek Jávor: «Gergely Karácsony könnte in ganz Mittel-Osteuropa den Weg für grüne Bewegungen und ihre Ideen ebnen.»

Gergely Márton ist Korrespondent der Tageszeitung *taz* und Redakteur der ungarischen «Wöchentlichen Weltwirtschaft» (*HVG*). Zuvor war er Vizechef von *Népszabadság*, bis 2016 die auflagenstärkste Tageszeitung des Landes, die nach einer politisch motivierten feindlichen Übernahme schließen musste.

András Földes ist ungarischer Journalist und Videoreporter bei der Nachrichtenplattform *index.hu*. Er ist spezialisiert auf humanitäre und ökologische Themen und schreibt über Krisenregionen und Entwicklungsländer. Er wurde mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet, unter anderem mit dem Pulitzer-Memorial-Preis.

«Wir stellen die unbequemen Fragen»

Ellen Ueberschär und Barbara Unmüßig führen als Doppelspitze die Heinrich-Böll-Stiftung. Ein Gespräch über Herkunft, Teamarbeit und Netzwerken in Zeiten wachsender globaler Herausforderungen

Interview: Anja Maier

Frau Unmüßig, Frau Ueberschär, Sie sind seit Jahrzehnten bei Bündnis 90/Die Grünen aktiv. Hätten Sie sich je träumen lassen, dass Sie einmal in einer Doppelspitze die Heinrich-Böll-Stiftung führen würden?

EU: Ganz bestimmt nicht. Dabei ist die Böll-Stiftung seit Anfang der 90er-Jahre meine politische Heimat. Ich kam aus der DDR-Kirchenopposition und arbeitete nach der Friedlichen Revolution mit im «Kuratorium für einen demokratisch verfassten Bund deutscher Länder». Das war die erste gesamtdeutsche Bürgerinitiative, wir haben uns für eine gemeinsame Verfassung eingesetzt. Über dieses Kuratorium und meine Arbeit als studentische Mitarbeiterin bin ich schließlich eine der ersten Stipendiatinnen geworden.

BU: Ich hätte mir das auch nicht träumen lassen. Ich habe in den 80er-Jahren in der ersten grünen Bundestagsfraktion gearbeitet

und später viele zivilgesellschaftliche Netzwerke gegründet, das Forum Umwelt und Entwicklung aufgebaut. Mit internationalen Themen und globalen ökologischen Fragen hatte ich mich schon sehr früh beschäftigt, die Inhalte der Stiftungsarbeit waren mir also vertraut. Als ich mich dann aber 2002 mit Ralf Fücks für den Vorstand beworben habe, hatte ich einen Riesenrespekt. Das ist ja ein politischer Top-Job und eine große Managementaufgabe. Was für ein Privileg, mit Steuergeldern internationale Arbeit machen zu dürfen. Mit guten Ideen und Professionalität die internationale Arbeit der Stiftung zu profilieren und zu legitimieren – das macht mir einfach ganz große Freude.

Wenn man sich die Profile Ihrer jeweiligen Arbeit anschaut, gibt es da eine Aufteilung in innen- und außenpolitische Schwerpunkte?

EU: Das kann man nicht trennen. Unser Handeln geht immer über den nationalen, auch über den europäischen Rahmen hinaus. Das betrifft unsere ökologische und unsere ökonomische Verantwortung, aber auch die für die Demokratie. Deswegen denke ich nicht: Hier ist mein Ressort und dort ist dein Ressort. Es gibt sehr viele Schnittmengen, sowohl thematisch als auch von



den Regionen her. Ich finde es eher fruchtbar, darüber zu debattieren: Was verändert sich eigentlich warum und wohin? Wo sind die Treiber der sozial-ökologischen Transformation? Wo sind die Hebel, an denen wir für wirksamen Demokratieschutz ansetzen müssen?

BU: Ressortdenken wäre so ungefähr das letzte, was sich eine Stiftung in der heutigen vernetzten Welt leisten sollte. Die Herausforderung liegt ja genau darin, wie man als Doppelspitze Synergien schafft, wie wir interdisziplinär und transdisziplinär miteinander arbeiten. Es ist eine Stärke dieser Stiftung, Gerechtigkeit, Demokratie und eine ökologisch tragfähige Zukunft miteinander verknüpft global zu bearbeiten, mit vielen tollen Partnerinnen und Partnern.

Die Grünen sind aktuell eine starke politische Kraft. Ziel ist es, nach der nächsten Bundestagswahl an der Regierung beteiligt zu sein. Was bedeutet das für die Stiftung?

EU: Für uns bedeutet das, dass wir mit unseren Themen größere Aufmerksamkeit erzielen. Das kann auch Bereiche wie Außen- und Sicherheitspolitik betreffen, wo Leute auf uns zukommen, die vorher mehr mit anderen politischen Akteur/innen zusammengearbeitet



«Wir werden stärker vermitteln müssen»

haben. Wir erweitern unsere Bündnisse, unseren Radius in die Gesellschaft hinein. Zugleich stellt sich dann die Frage: Was sind unsere besonderen Akzente? Worauf konzentrieren wir uns? Wie halten wir die Verbindung zur Zivilgesellschaft und zu einzelnen Bewegungen? Wie halten wir den Spannungsbogen zwischen einer Regierungspolitik, die Kompromisse machen muss, und den Bewegungen, die zu Recht Positionen vertreten, die nicht sofort umsetzbar sind, auch wenn das wünschenswert wäre? Da wird künftig unsere Vermittlungsrolle noch stärker werden, als sie das ohnehin schon ist. Wir spielen zugleich weiterhin unsere bewährten Stärken aus: Wir sind Thinktank. Wir bilden Netzwerke. Und wir machen politische Breitenbildung.

BU: Ich erwarte, dass eine Regierungsbeteiligung der Grünen einen Rollenwandel für die Stiftung bedeutet. Es ist ein Unterschied, ob ich in der Opposition mein normatives Gerüst und viele wichtige Positionen aufrechterhalten kann – oder ob ich in einer Regierung Kompromisse machen muss. Unsere Vermittlungsfunktion wird viel stärker gefragt sein. Wir schlagen die Brücke zwischen den langen Linien der politischen Orientierung und den notwendigen Kompromissen. Wir müssen die Verständigung über die grünen Ziele, die grünen Visionen organisieren. Und wir bleiben als Stiftung der Ort, wo Zukunft kreativ gedacht werden kann und nicht alles in der Realpolitik ertränkt wird.

Wie kann das aussehen?

BU: Ich bin da ganz bei Ellen, wir müssen der Thinktank bleiben. Regierungsbeteiligung kann für die Stiftung nicht bedeuten, konturlos zu werden. Wir müssen nach vorne gucken, mutig sein und die Zukunftsthemen besetzen. Und zwar ohne Scheuklappen. Wir müssen also auch streitbare Positionen beziehen, andernfalls wären wir nicht mehr nötig.

EU: Aber im Moment ist unsere Hauptfrage eigentlich nicht: Was machen wir, wenn die Grünen in der Regierung sind? Sondern: Was machen wir im Schnittpunkt von Politik, politischer Bildung und Gesellschaft, wenn die Grünen eine Regierungsbeteiligung anstreben? Von daher sollten wir uns auf dieses Thema konzentrieren, was ja alles andere als einfach ist.

Und, was machen Sie?

EU: In Zeiten von COVID-19 fragen wir uns: Welche Lehren ziehen wir aus dieser globalen Gesundheitskrise? Wie

«Wir müssen der Thinktank bleiben. Regierungsbeteiligung kann für die Stiftung nicht bedeuten, konturlos zu werden. Wir müssen nach vorne gucken, mutig sein und die Zukunftsthemen besetzen.»

beeinflusst sie Wirtschaft, Demokratie und Zusammenleben? Wie verbinden wir Krisenlösungen mit dem grünen Umbau der Wirtschaft, mit der Weiterentwicklung von Demokratie, und wie trocken wir Populismus und Rechtsautoritarismus aus? Und was sind für diese Debatten die passenden Formate, mit denen wir schon jetzt anfangen können und nicht erst, wenn sich die Lage wieder normalisiert hat, was noch lange dauern wird. Und wie schaffen wir mit unseren 16 Landesstiftungen gemeinsam Aufmerksamkeit für grüne Ideen?

BU: Wir haben ein Netzwerk von 33 Auslandsbüros. Das muss dazu führen, dass wir Perspektiven pluralisieren, dass wir andere Sichtweisen nach Deutschland und Europa bringen, dass wir zeigen, wie unterschiedlich Betroffenheit und Krisenbewältigung sein kann. Es geht darum, ob wir diese Krise demokratisch und sozial bewältigen. Die weltwirtschaftlichen Folgen werden dramatisch sein. Wir werden aufklären, Partnerinnen und Partner konkret unterstützen und – wo immer möglich – soziale und ökologische Lösungen anzubieten versuchen. Das ist auch unser Mandat.

Bekanntlich gibt es kein Wohin ohne ein Woher. Wenn Sie auf die Geschichte der Böll-Stiftung schauen: Welche Themen haben das Profil der Heinrich-Böll-Stiftung am stärksten geprägt und werden sicher erhalten bleiben?

BU: Wir sind und bleiben der Ort spannender Diskussionen. Wir stellen die unbequemen Fragen und verschränken das Ökologie- mit dem Demokratiethema und mit den sozialen Herausforderungen. Eine ganz große Kompetenz haben wir im Bereich Feminismus und

Geschlechterdemokratie. Frauenrechte stark zu machen – dafür sind wir ein ganz wichtiger Akteur, global und in Deutschland.

EU: Die Böll-Stiftung ist ein Ort instruktiver, nach vorne weisender Debatten. Wer zu einer Veranstaltung in der Böll-Stiftung geht, kann davon ausgehen, Gesprächspartner/innen zu erleben, die man woanders nicht unbedingt trifft. Auf dieses Niveau gekommen zu sein, das ist wirklich großartig. Gleichzeitig ist die Böll-Stiftung auch der Ort, an dem sich linksliberale Intellektuelle sammeln und den viele von ihnen als ihre Heimat betrachten. Und zum Woher gehört auch der starke bürgerrechtliche Strang, den das Bündnis '90 eingebracht hat. Sich für Menschen- und Bürgerinnenrechte stark zu machen, ist ein Markenzeichen der Böll-Stiftung.

In Zeiten des demokratischen Rollbacks: Inwiefern nützt Ihnen beiden Ihre jeweilige Erfahrung des Protests der 80er für die Arbeit der Böll-Stiftung heute?

BU: Für mich ist völlig klar: Widerstand lohnt sich. Gegen Ungerechtigkeit, gegen Nepotismus, gegen Rassismus und Sexismus, gegen Korruption und eben auch gegen ökologische Zerstörung. Von daher erlebe ich Protestbewegungen von Fridays for Future oder #metoo als starken Rückenwind. Aber Protest allein reicht eben nicht; wir müssen ihn auch in formalisierte parlamentarisch-demokratische Prozesse einfließen lassen. Dafür ist eine politische Stiftung sehr gut geeignet.

EU: Für mich ist die Erfahrung des sich Einmischens entscheidend. Demokratie lebt vom aktiven Mitmachen, nicht nur vom Protest. Die DDR-Bürgerbewegung kämpfte vor allem für Grundrechte: freie Wahlen, Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit. All das haben wir in den Institutionen der Bundesrepublik! Nutzen wir sie also und machen die Demokratie auf diese Weise lebendig!

Ellen Ueberschär ist seit 2017 Vorstand der Böll-Stiftung und hat zuvor elf Jahre lang den Deutschen Evangelischen Kirchentag geleitet.

Barbara Unmüßig ist seit 2002 Vorstand der Böll-Stiftung und war wissenschaftliche Mitarbeiterin der ersten Bundestagsfraktion der Grünen.

Anja Maier ist taz-Parlamentsredakteurin. Sie hat den Mauerfall in Ostberlin miterlebt und ist bis heute froh darüber, wie groß die Welt seither für sie ist.

Das Archiv Grünes Gedächtnis

Historisches Archiv

Hier befinden sich die Originalunterlagen der Partei Bündnis 90/Die Grünen und ihrer Fraktion – von der Länder- bis zur Europaebene. Auch Archivalien von parteinahen Organisationen und Initiativen der neuen sozialen Bewegungen werden gesammelt. Eine besondere Bestandsgruppe sind die persönlichen Unterlagen von Politikerinnen und Politikern sowie Aktiven aus Partei und neuen sozialen Bewegungen.

www.boell.de/archiv

Bibliothek

Die Bibliothek sammelt alle Veröffentlichungen von Bündnis 90/Die Grünen – von den Publikationen des Bundesvorstandes über die Rundbriefe der Kreisverbände bis hin zu Veröffentlichungen bündnisgrüner Autorinnen und Autoren. Neben «grauer» Literatur und einer umfangreichen Zeitschriftensammlung finden sich dort auch klassische Verlagspublikationen und Online-Veröffentlichungen. Die Bibliothek ist eine Präsenzbibliothek. Öffnungszeiten: Montag und Freitag: 10-15 Uhr, Dienstag und Mittwoch: 10-17 Uhr, Donnerstag: geschlossen

boell.faust-web.de

Petra-Kelly-Archiv

Das Petra-Kelly-Archiv ist ein einzigartiger Fundus zur Geschichte der Grünen und zur weltweiten Bewegung gegen atomare Bedrohung und für Abrüstung, Frieden, Menschenrechte und Emanzipation. Mit dem Archiv wahrt die Stiftung das Andenken an die Persönlichkeit Petra Kelly und hält ihre Ideen für eine neue politische Kultur präsent. Der schriftliche Nachlass Petra Kellys ist sehr umfangreich, zu all ihren politischen Schwerpunkten hat sie fundierte Materialsammlungen aufgebaut. Diese Quellen geben heute ein gutes Abbild grün-alternativer Lösungsansätze für die politischen Probleme der 1970er- und 1980er-Jahre. Das Petra-Kelly-Archiv enthält Akten, eine Bibliothek mit rund 5 000 Titeln, Videobänder,

Tonkassetten und eine umfangreiche Fotosammlung.

Schriften des Archivs Grünes Gedächtnis

Die Gründungsgeneration der Grünen

Schutz der Umwelt, Kampf gegen die Atomkraft, für die Gleichberechtigung der Frau, gegen die atomare Aufrüstung – die politischen und sozialen Bewegungen sind bekannt, aus denen die „Partei Die Grünen“ entstanden ist. Weniger bekannt – bis auf ein paar berühmte Namen wie Petra Kelly oder Otto Schily – sind viele Persönlichkeiten der Gründungsgeneration aus den siebziger und achtziger Jahren. Es eint sie, dass sie fast alle zwischen 1940 und 1950 geboren und mehr oder weniger von der Studentenbewegung der sechziger Jahre geprägt wurden. In acht umfangreichen Interviews gibt dieser Band höchst interessante persönliche Eindrücke in die Geschichte der Grünen und in eine Zeit, die das Land verändert hat.

www.boell.de/de/uebersicht-jahrbuch-gruenes-gedaechtnis

Podcast

Grüne Geschichte

Begleitend zu dieser Ausgabe von Böll.Thema erscheint im Sommer 2020 ein Podcast der Reihe Böll.Fokus.

www.boell.de/podcasts

Projekt

Was ist die grüne Erzählung von Veränderung?

Grüne Erzählung am 30./31. Oktober 2020

Nie waren die Erwartungen an grüne und grünnähe Akteurinnen und Akteure so groß wie heute. Zentrale grüne Anliegen werden weit über den Kreis der traditionellen Kernwählerschaft geteilt – allen voran der Klima- und Umweltschutz. Immer wichtiger wird auch ihr eindeutiges Engagement für eine pluralistische und inklusive Demokratie mit starken Institutionen.

In Zeiten wachsender Akzeptanz für autoritäre Politik stehen die Grünen derzeit als optimistische Garanten eines gestaltenden Parlamentarismus da. Diese gesellschaftliche Rolle und Bedeutung war den Grünen nicht in die Wiege gelegt, die Veränderung will rekonstruiert und begriffen werden. Auf unserer Konferenz „Was ist die grüne Erzählung von Veränderung“ blicken wir deshalb zurück auf 40 Jahre Verflechtungsgeschichte zwischen Opposition und Regierungsarbeit, Ost und West, gesamtgesellschaftlicher und grüner Veränderung. Wir laden ein zum Gespräch mit prominenten Gästen aus Politik, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft und bieten – je nach Situation in der Corona-Krise – dieses Jahr noch mehr Raum zum wechselseitigen Kennenlernen, gerade auch zwischen den politischen Generationen.

Informationen und Anmeldung:

www.boell.de/gruene-erzaehlung

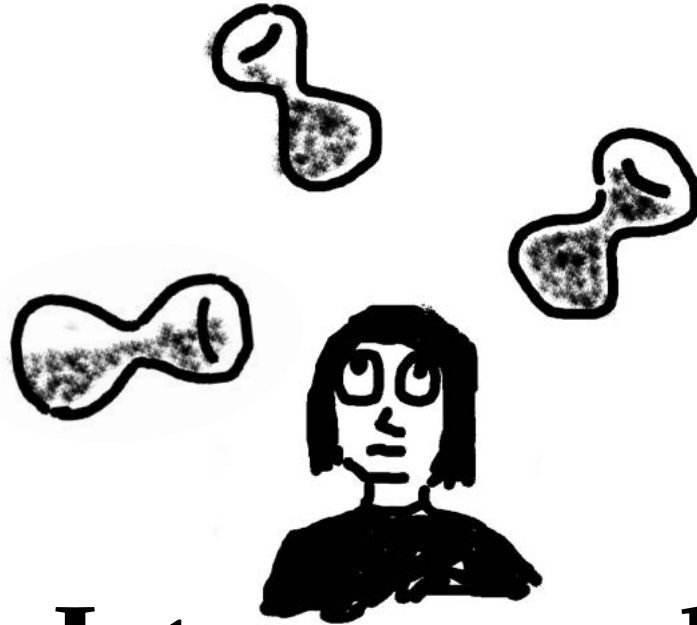
Twitter: [#grz20](https://twitter.com/grz20)

Webportal

Fragen zur grünen Geschichte? Antworten bald auf gruene-geschichte.de

Die Geschichte und Entwicklung der grünen Bewegung und Partei ist Thema zahlreicher Bücher und umfangreicher Studien. Wer aber im Netz nach Beiträgen von hoher journalistischer und wissenschaftlicher Qualität sucht, benötigt bisher viel Ausdauer und Vorkenntnisse. Das soll sich durch unser Webportal ändern. Ab Herbst 2020 wird es mit einem wissenschaftlich fundierten, quellenstützten und zugleich gut lesbaren Überblick zur grünen Geschichte starten. Thematische Vertiefungen werden ab 2021 folgen.

www.gruenegeschichte.de



«Ist nun mal unsere Zukunft»

Text: Luisa Neubauer

Ja, schön blöd. Da müht man sich Jahre mit der Klimakrise ab, macht nicht mehr als Trippelschritte, und auf einmal platzt Corona hinein, fährt politischen Willen hoch und den Rest des Landes runter, tosender Stillstand. Die Realität auf einmal Science-Fiction, Absurditäten normalisieren sich. Heute denkt man «Mensch, was werden wir den Kindern einmal darüber erzählen», morgen fällt uns ein, dass es keinen Grund gibt anzunehmen, dass Corona nicht nur der Aperitif des Jahrhunderts ist.

Drei unschöne Wahrheiten offenbaren sich schnell: 1. Man hat die Klimakrise nicht einen Tag wirklich ernst genommen. 2. Man hätte das mal machen sollen. Mit Blick auf die täglichen Lawinen an politischen Herausforderungen, die dieser pandemische Krisenkomplex für uns bereithält, erscheint die Zeit vor Corona immer deutlicher ein günstiger Zeitpunkt gewesen zu sein, die Sachen mit der Klimakrise «auf den Weg zu bringen». Also Klimaziele anheben, Maßnahmenpläne, CO₂-Steuern etablieren – früher wurde sowas als radikal bezeichnet, inmitten eines nicht enden wollenden Strudels der Regulations- und Verbotspakete haben solch zarte Klimaschutzanforderungen etwas von gemäßigter Unionspolitik. 3. Nachdem man es jahrelang nicht geschafft hat, eine globale Krise erfolgreich zu managen, müssen wir nun anscheinend zwei gleichzeitig angehen. Tagein, tagaus wird erklärt, man müsse diese Krise als «Chance» wahrnehmen, die Idee der Resilienz und nachhaltigen Krisenbewältigung glitzert über Punkteplänen und Krisenkonzepten.

Als wir uns das letzte Mal in einer Wirtschaftskrise befanden, war ich 12 Jahre alt. Ich erinnere mich vor allem an die Bilder aus der Tagesschau, die immer wieder Geldscheine und Banken zeigten. Ähnliches gilt wohl für viele junge Menschen heute: Wir haben am wenigsten Erfahrung mit der Bewältigung von Wirtschaftskrisen und sind gleichzeitig diejenigen, die am längsten mit historischen Verschuldungen und folgenreichen Grundsatzentscheidungen, die

mit Corona zusammenhängen, leben müssen. Und weil das schnell zu Atemlosigkeit führt, hier ein friendly reminder: Wir sind auch die Generation, der man zugute hält, dass sie geschafft hat, was die Generationen vor ihr nicht hingekriegt haben – wir haben der Klimakrise ein Gesicht gegeben. Und zwar unser eigenes. Liebst du dein Kind, kümmerst du dich um das verfluchte Klima.

Jetzt ist Corona, diese Rechnung wurde kurzerhand zu «liebst du deine Großeltern, bleibst du zu Hause». Aber das reicht noch nicht. Denn ehrlicherweise gibt es keinen Grund anzunehmen, dass aus Corona irgendeine Chance erwächst. Es ist ein schöner, aber auch verträumter Gedanke, dass man jetzt mal nebenbei «notwendige» Transformationen anstößt in Bezug auf Mobilität, Klima, Landwirtschaft. Bisher hat man auch ohne Corona keinen Grund dazu gesehen. Wieso sollte man es jetzt machen, in dieser Doppelkrise, wo doch ohnehin schon alles so schwierig ist?

Vielleicht aber doch, wenn wir diese Gründe zur Verfügung stellen. Vielleicht aber doch, wenn wir uns als Generation verstehen, die schon einmal eine Krise angegangen ist, um das Beste aus ihr herauszuholen. Corona ist mehr als zu Hause bleiben. Und solidarisch sein heißt heute auch, wenn man kann, die eigene politische Stimme zu nutzen. In Solidarität mit anderen, die das nicht können. Weil die Zeiten eben hart sind, für viele. Lasst uns mal eine Runde Privilegien checken. Und uns, im besten Falle, als junge, politische Generation mit dem krassesten Trackrecord überhaupt ernst nehmen. Und dann als unverzichtbarer Ideengeber, Anforderungssteller, Bedingungsformulierer und Krisenbewältiger mitmischen. Ist nun mal unsere Zukunft.

Luisa Neubauer ist Klimaschützerin und Aktivistin bei der deutschen Fridays-for-Future-Bewegung. Sie ist Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen und bei der Grünen Jugend.

Der besondere Tipp

Neuerscheinung

Öffentlicher Raum

Der Sammelband sucht nach Auswegen aus der gesellschaftlichen Segregation in Stadt und Land, in der Digitalisierung, in der Bildung und in den ästhetischen Räumen von Kunst und Sport. Denn ohne funktionierende öffentliche Räume kann eine sozial durchlässige Gesellschaft nicht gelingen! Mit Beiträgen u.a. von Heinz Bude, Marius R. Busemeyer, Sabine Meier, Barbara Thomaß, Michael Thöne und Gesa Ziemer. Erschienen im Campus-Verlag, 352 Seiten, 29,95 Euro. Bestellung über den Buchhandel oder: www.boell.de/oeffentlicher-raum

E-Paper

Selbstverständlich europäisch!? Der Auftrag für die EU-Ratspräsidentschaft

Deutschland übernimmt am 1. Juli 2020 turnusgemäß den Vorsitz im Rat der EU. Seit einigen Jahren ringt es um ein neues Verständnis seiner Rolle in der EU. Nicht selten ist sie von Mythen wie die des «Zahlmeister Europas» geprägt. Doch wie sehen die Deutschen den Nutzen der EU tatsächlich, und welchen Auftrag erteilen sie der deutschen Europapolitik? Diesen Fragen geht die Studie von Johannes Hillje und Christine Pütz auf den Grund und gibt Antwort anhand von aktuellen Umfrageergebnissen. Hrsg. in Zusammenarbeit mit Das Progressive Zentrum.

Download: www.boell.de/de/2020/03/20/selbstverstaendlich-europaeisch

Dossiers

Die Corona-Pandemie

Alle Beiträge der Heinrich-Böll-Stiftung über die politischen Folgen des Corona-Virus aus deutscher, europäischer und internationaler Perspektive, darunter die Video-Reihe «Pandemie & Gesellschaft», zahlreiche Analysen, Interviews und Kommentare sowie Berichte unserer Büroleitungen über die jeweilige Lage in ihren Ländern.

www.boell.de/die-corona-pandemie

Route 20: Die USA auf dem Weg zu den Präsidentschaftswahlen

Die Präsidentschaftswahlen im Herbst 2020 werden den Charakter der USA und deren Rolle in der Welt prägen. In unserem Dossier begleiten wir den Wahlkampf und die Entwicklungen in der amerikanischen Politik und Gesellschaft sowie die Auswirkungen der Corona-Krise.

www.boell.de/route20

Podcast

Ethik und Teilhabe in der digitalen Gesellschaft

Welche sozialen Vorteile bietet ein gleichberechtigter Zugang zu digitalen Netzen? Kommt es zu gesellschaftlichen Spaltungen, wenn dieser ausbleibt? Und wie können Tech-Giganten zu wertebasierten Geschäftsmodellen verpflichtet werden? Ein Podcast mit Robert Habeck und Prof. Sarah Spiekermann-Hoff. www.boell.de/podcasts

Spiel

EINLEBEN – Wie viel soziale Herkunft steckt in Zukunft?

Ein digitales Lern- und Erfahrungsspiel für den Unterricht ab der 10. Klasse, bei dem Schülerinnen und Schüler darüber reflektieren können, wie Startvoraussetzungen wie Bildung, Geld und Beziehungen in Zusammenhang stehen mit individueller Zufriedenheit. Das Spiel wird im Internet-Browser durchgeführt und funktioniert auf Geräten mit allen gängigen Betriebssystemen: Windows, macOS, iOS, Android und Linux.

www.boell.de/einleben

Forum

Forum Neue Sicherheitspolitik

Ziel des Forums ist es, den grünen und grünnahen sicherheitspolitischen Nachwuchs zu fördern und *mid-career-Expert/innen* in Regierungsinstitutionen, Thinktanks, Forschungsinstitutionen sowie Parlamenten zu stärken und zu vernetzen.

Impulspapiere: www.boell.de/forum-neue-sicherheitspolitik

Online-Veranstaltungen

Einige unserer geplanten Konferenzen finden derzeit als Online-Konferenzen und Seminare als Webinare statt. Aktuelle Informationen darüber gibt es auf unserer Webseite.

<https://calendar.boell.de>

Impressum

Herausgeberin

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Schumannstraße 8, 10117 Berlin
T 030 – 2 85 34 – 0
F 030 – 2 85 34 – 109
info@boell.de

www.boell.de
Annette Maennel (V.i.S.d.P.)

Konzept und fachliche Beratung

Dr. Roman Schmidt

Redaktion

Martin Reichert
Elisabeth Schmidt-Landenberger

Redaktionsassistentz

Susanne Dittrich

Art Direktion / Gestaltung

State, Berlin
www.s-t-a-t-e.com

Umschlagsfotografie

Christian Werner

Druck

Ruksaldruck GmbH Berlin

Papier

Umweltpapier + Umweltsiegel

Bezugsbedingungen

Zu bestellen bei oben genannter Adresse
Die einzelnen Beiträge stehen unter der Creative Commons Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0
Fotos und Illustrationen wie angezeigt

twitter.com/boell_stiftung
facebook.com/boellstiftung
youtube.com/user/boellstiftung
soundcloud.com/boellstiftung
flickr.com/photos/boellstiftung
instagram.com/boellstiftung/

«It's not easy bein' green», befindet Kermit der Frosch, aber andererseits: «green is the color of spring».

Böll.Thema 20-2

More Future – Grüne Geschichte



Die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine Agentur für grüne Ideen und Projekte, eine reformpolitische Zukunftswerkstatt und ein internationales Netzwerk mit weit über 100 Partnerprojekten in rund 60 Ländern. Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, patriarchale Herrschaftsstrukturen überwinden, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen. Sie ist damit Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit

den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Organisatorisch ist die Heinrich-Böll-Stiftung unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit derzeit 33 Auslandsbüros ist sie weltweit gut vernetzt. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern und fördert begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland. Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik folgt sie gern und möchte andere anstiften mitzutun.

www.boell.de